SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 31

05/98
4. Jahrgang

„INNERE SICHERHEIT" FÜR WEN? · OB-WAHLKAMPF IN HD: PETER A. PLATTMANN · ANTI-MAI/WTO-KARAWANE · PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Der Mai ist gekommen

Eigentlich gingen wir dieses Mal - vor allem aufgrund des enormen Zeitdrucks, unter dem wir aus mehreren Gründen standen (Erscheinungsdatum: 28.04.1998!) - felsenfest davon aus, eine „dünnere" *Sabo* als sonst üblich auf den gierig aufnehmenden Markt zu werfen: mit maximal 28 Seiten! Aber - und das sollte mittlerweile als Routine in unsere zeitungsproduzierende Tätigkeit eingewebt sein -, es kam wie immer, wenn wir in bezug auf die Seitenzahl unseres Bewegungsmelders von der Unumstößlichkeit einer „Erwartung" überzeugt sind: Plötzlich war dann das vorliegende Material doch so umfangreich, daß wir wieder weit mehr als 40 Seiten vollgekriegt hätten.*

Und das liegt wohl hauptsächlich daran, daß der „Weidemonat" Mai nicht nur in der bürgerlichen Welt gerne gefeiert und ihm per Maibaum gehuldigt wird, sondern auch die link(sradikal)e Szene zu beleben weiß. Gerade der erste Teil des Monats - und hier vor allem der 1. Mai als Internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung - scheint prädestiniert zu sein für soziale Kämpfe unterschiedlicher Couleur; für das organisierte Streben nach mehr Menschlichkeit, nach nationalstaatsgrenzenübergreifender Solidarität, nach

Inhaltsverzeichnis:

zentren häuser wagenplätze

25 Jahre JuZ Mannheim 5

repression

Innere Sicherheit? 6
Schnelle Verfahren gegen „PolitchaotInnen" und „Kleinkriminelle" 10

antifa

Immer noch: Die Verbindungen kappen! - Burschenschaften abschaffen! 12
Die Antifa-Mobiltour 1998 14
Antifaschistisches Camp in Ludwigstein bei Göttingen 16

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Mai 18

anti-akw-bewegung

Castor-Widerstand Neckarwestheim - März '98 20

sonstige sabotage

Auch du wirst Mitglied, Genosse/Genossin!
Initiative für ein Freies Radio Rhein-Neckar 21
Innenstadtaktionstag am 18.04.1998 in Mannheim 22
Der Kandidat kam in der Sänfte: OB-Wahlkampf in Heidelberg 25

internationales

MAI - Das neue internationale kapitalistische Manifest 28
Geld oder Leben? - Auf welcher Seite stehst du?: Aufruf zu einer Karawane nach Genf 31

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 33

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JuZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Mai 36

Selbstbestimmung, politischer und sozialer Gleichheit, nach fundamentaler Veränderung der herrschenden Verhältnisse.

Und auch hier in der Rhein-Neckar-Region ist im Mai immer wieder aufs neue ein „politischer Aufwind" zu verspüren, der die Politszene über die „Frühjahrsmüdigkeit" hinüberträgt.

Klar, manches davon sind quasi „Abwehrkämpfe", die geführt werden **müssen**, um reaktionären Kräften Plattformen für ihre menschenverachtende Propaganda zu nehmen; wenn wir - wie z. B. hier in Heidelberg - das burschenschaftliche Maiansingen auf dem Marktplatz verhindern oder - wie z. B. dort in Leipzig - (militante) Nazis vom NPD-Massenaufmarsch abhalten **müssen**.

Aber es gibt auch genug **positive** Fixpunkte, auf die wir uns hier beziehen können, wenn wir im

„Zentrale Instanz des Machterhalts sind ... Strukturen des Ausgleichs und der Integration. Ein komplexes System der Konditionierung sichert die Hegemonie der herrschenden Ideologien und nur dort, wo es versagt, wird Repression notwendig. Die beiden Pole Konsensbildung und Repression stehen dabei in einer dialektischen Wechselwirkung; ohne das eine funktioniert auch das andere nicht. Prinzipiell können beide Prinzipien in kapitalistischen Gesellschaften vorherrschend sein, zur Zeit jedoch ist es das der kulturellen und Diskurs-Hegemonie."

aus ARRANCA!
Nr. 14, Frühling 1998

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Mai angekommen sind: Vom Revolutionären 1. Mai in Mannheim über die Erkämpfung des Jugendzentrums Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" (Mai 1973) bis hin zum Eröffnungsfest des Autonomen Zentrums Heidelberg (Mai 1991), das zu den OberInnenbürgerInnenmeisterInnenwahlen im Oktober einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickt. Hinzu kommen dieses Jahr noch die Antifa-Mobil-tour durch die von Naziterror überzogene Vorderpfalz (vom 25. bis 30. Mai) und die Anti-MAI/WTO-Karawane „Geld oder Leben?", die auch in Heidelberg Halt machen wird (05.05.).

Und zu alledem hatten wir dann plötzlich „Stuff", den wir selbstverständlich in der einen oder anderen Form unterbringen mußten. Einziges Manko des terminlichen Drucks, unter den wir uns diesmal gesetzt hatten, ist sicherlich die Tatsache, daß wir noch einen ganzen Monat mit unseren Resümees der diversen Mai-Aktivitäten warten müssen (und sie dann eventuell schon „verjährt" sind).

So, jetzt aber viel Spaß mit der neuen *Sabo*.

Gewidmet ist sie allen revolutionären Linken, die am 1. Mai weltweit auf die Straße gehen, um dem **Internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung** seit über 100 Jahren massenhaften Ausdruck zu verleihen. „Der 1. Mai gehört in eine Tradition linker sozialer Kämpfe... Seit 1890 erinnert er als Kampftag der ArbeiterInnenklasse an ArbeiterInnenaufstände für soziale Rechte, die in Chicago 1986 ihren Ausgang nahmen. ... Der 1. Mai [ist] ... ein Tag mit hohem Symbolwert, weil er immer noch Ausdruck des Willens nach gesellschaftlicher Veränderung ist, der sich an diesem Tag in vielfältiger Form auf der Straße manifestiert." (aus dem Flugblatt „*1. Mai - Internationale Solidarität statt völkischer Wahn*" des **bundesweiten antifa treffens** [B.A.T.])

Das autonome Redaktionskollektiv

Anmerkung:

* Leider mußten wir dann letzten Endes das am 17.04.1998 mit zwei Mitgliedern der Autonomen Antifa Heidelberg geführte Interview canceln, weil es beim Vorlegen der Gruppe nicht auf den zu seiner Veröffentlichung notwendigen Konsens stieß. Das finden wir aus politischen Gesichtspunkten äußerst **peinlich**, auch wenn wir konsensorientierte Entscheidungsfindungsprozesse keinesfalls in Abrede stellen wollen. Aber fünf bis sechs Seiten für ein unseres Erachtens gutes, tiefgehendes Interview fest einzuplanen, um dann kurz vor Redaktionsschluß ein völlig unerwartetes NEIN! entgegengeschleudert zu bekommen, ist **enttäuschend**. Von der Autonomen Antifa Heidelberg - also der antifaschistischen Gruppe, deren Veröffentlichungen den mit Abstand größten Raum in der *Sabo* einnehmen -, hätten wir hinsichtlich eines Interviews mehr erwartet. Wir hoffen, den Abdruck des von der ganzen Gruppe abgesegneten Interviews in Bälde nachholen zu können... Im übrigen drucken wir im Anschluß an diese Anmerkung einen Hinweis auf eine Infoveranstaltung dieser Autonomen Antifa ab, den wir aus Platzgründen im Veranstaltungskalender nicht mehr untergebracht haben:

Mi. 13.05.
Infoveranstaltung im JUZ MA 20.00 Uhr

„Akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen"

Eine Veranstaltung, die aus antifaschistischer Sicht von Erfahrungen mit bestehenden Projekten berichtet und das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit unter die Lupe nimmt. Weil in dieser Form der Sozialpädagogik durch die grundsätzliche Akzeptanz der Einstellungen der betreuten Jugendlichen die politische Dimension von faschistischer Organisierung und rechter Subkultur in den meisten Fällen außer acht gelassen wird, befaßt sich die Veranstaltung auch mit den zugrundeliegenden sozialwissenschaftlichen Erklärungsmustern des „Phänomen Rechtsextremismus", die wesentlich zu einer entpolitisierten Praxis in der Jugendarbeit beigetragen haben.

Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD

AUTONOMES ZENTRUM

25 Jahre JuZ Mannheim

Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" in Mannheim feiert seinen 25. Geburtstag, trotz permanenter Angriffe durch den „Mannheimer Morgen" und bestimmter Teile des Stadtrats.

Das muß gefeiert werden!

Das JuZ wurde 1973 eröffnet, nachdem '72 der letzte Jugendtreff in der Innenstadt, das Domizil, geschlossen wurde. Jugendliche hatten daraufhin keine Räume mehr, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen konnten. Ein neuer Treffpunkt mußte her, einer ohne Bevormundung durch SozialarbeiterInnen und Kontrolle durch die Stadt, mit der Möglichkeit, der eigenen Kreativität freien Lauf lassen zu können und somit den Bedürfnissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Rechnung zu tragen.

Nach langen, zähen Verhandlungen und Hinhaltemanövern seitens der Stadt war es am 1. Mai 1973 endlich soweit: Im ehemaligen Gewerkschaftshaus in O 4,8 wurde das Jugendzentrum in Selbstverwaltung eröffnet.

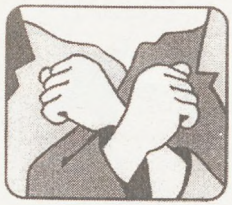
Anfang der Neunziger hat dann die Stadt Mannheim das Gebäude, in dem das Jugendzentrum 20 Jahre Zuhause war, an den kleinen und bedürftigen Textilhändler Engelhorn & Sturm veräußert. Und das bedeutete die Vertreibung aus der Innenstadt in einen ehemaligen Supermarkt am Neuen Meßplatz in der Neckarstadt.

In diesen 25 Jahren gab es ca. 2000 Konzerte, Discos, Lesungen, Infoveranstaltungen, Workshops, Theater- & Kabarettaufführungen, Filmabende, Diskussionsrunden... mit insgesamt mehreren Zehntausend BesucherInnen; außerdem unzählige Kneipenabende.

Die Stadt Mannheim stellte und stellt die Räumlichkeiten und einen Barzuschuß (der leider noch nicht einmal die laufenden Kosten deckt) einem Trägerverein zur Verfügung, der über ordnungsgemäße Verwendung der Gelder Rechenschaft ablegen muß. Die Entscheidungen treffen aber die im JuZ Aktiven, wobei alle Entscheidungen auf der Vollversammlung im Konsens beschlossen werden, d. h. es wird nicht abgestimmt, sondern solange nach Lösungsvorschlägen gesucht, bis eine Lösung gefunden wird, mit der alle Beteiligten leben können. Selbstverwaltet sind wir, weil die hier aktiven Jugendlichen sämtliche Aktivitäten (z. B. Organisation der Veranstaltungen, Theken- & Putzdienste, Reparaturen,...) selbst bestimmen und erledigen. Fast alles ehrenamtlich und in Eigenverantwortung. Es gab im JuZ von Anfang an Fachschaften, die sich einerseits um wichtige Sachen im JuZ kümmern (Reparaturen, Konzerte, Discos, Öffentlichkeitsarbeit, Politik...), andererseits aber auch Fachschaften für den kreativen Teil (Foto, Video, Musik, Theater...).

Wir laden alle ehemaligen und zukünftigen Aktiven, alle Freunde und Freundinnen des JuZ und alle anderen Interessierten herzlich dazu ein, mit uns den Geburtstag eines der ältesten selbstverwalteten Zentren der BRD zu feiern!

[Anmerkung: Anläßlich des 25. Geburtstages finden noch bis zum 16. Mai verschiedene Veranstaltungen statt, die wir bei den Terminen aufführen. (siehe Rückseite dieser *Sabo*)]



Innere Sicherheit?

Am 27. September 1998 ist Bundestagswahl. In Heidelberg wird am 18. Oktober einE neueR OberbürgermeisterIn gewählt. Bundesinnenminister Manfred Kanther hat unlängst das Wahljahr 1998 zum „Sicherheitsjahr" erhoben.

Die sogenannte „Innere Sicherheit" ist seit einigen Jahren Top-Thema von Parteien und Regierung in der BRD und wird auch in diesem Jahr Wahlkampfthema sein.

Vor allem ein Teilaspekt, die „Säuberung der Innenstädte", wird in der Rhein-Neckar-Region thematisiert. In den Großstädten werden Obdachlose, Junkies, Sprayer, Punks und andere nicht erwünschte Personen sowie linksalternative Projekte aus dem öffentlichen Raum gedrängt. Diese Entwicklung zeichnete sich insbesondere 1997 auch in Heidelberg und Umgebung ab.

„Innere Sicherheit" braucht Unsicherheit und Angst

In den Medien der Region - allen voran die „Rhein-Neckar-Zeitung" und der „Mannheimer Morgen" - wird Stimmung gemacht und werden Ängste geschürt. Von einem „unsicheren Heidelberg" ist da die Rede und gefordert wird eine „kommunale Kriminalprävention" als Bündnis von Stadtverwaltung und Polizei - als sogenannte „Sicherheitspartnerschaft". Heidelberg wird in der fragwürdigen Kriminalstatistik des Landes Baden-Württemberg auf Platz drei geführt, was für eine um Prestige und sauberes Image bemühte Stadt des Tourismus nicht hinnehmbar ist. Das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen soll gestärkt werden, gleichzeitig soll die Kriminalitätsrate gesenkt werden. Jungen Menschen soll gezeigt werden, „daß sie erwünscht sind und sich nicht beweisen müssen", fordert die Oberbürgermeisterin von Heidelberg, Beate Weber. Gleichzeitig werden jedoch bevorzugt Jugendliche, Obdachlose und StraßenmusikantInnen von der Polizei aus der Innenstadt vertrieben. **Wer ist hier erwünscht?**

Die neuen Feindbilder der „Verbrechensbekämpfung"

Daß sich die Uniformierten bevorzugt um Junkies, Obdachlose, MigrantInnen und unliebsame Jugendliche kümmern werden, liegt auf der Hand. Für die beamteten Männer und Frauen sind die zu „Schandflecken" deklarierten Menschen schon immer ein gefundenes Fressen gewesen, um sich mal abzureagieren. Unzählige, von BeamtInnen verspottete, verprügelte DrogenkonsumentInnen und MigrantInnen unterstreichen diese Tatsache. Für Menschen ohne deutschen Paß äußert sich dies in Strafgesetzverschärfungen, die immer schnellere und „unkompliziertere" Abschiebungen und Repressionen ermöglichen.

Doch nicht nur PolitikerInnen klinken sich im kommunalen Bereich an den Begriff „Innere Sicherheit" an. Auch VertreterInnen des Einzelhandels bzw. Einzelhandelsverbände sehen „drin-

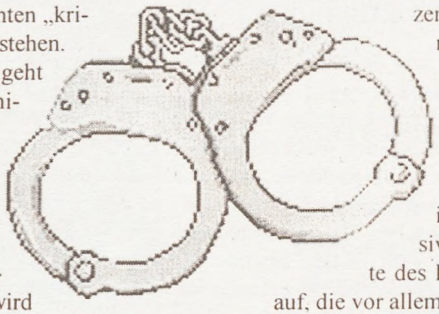
Die Garanten der „Inneren Sicherheit" bei der Arbeit

gend Handlungsbedarf". (*Mannheimer Morgen*, 25.11.1997) Menschen, die nicht über die entsprechende Kaufkraft verfügen, sollen konsequent aus den Innenstädten vertrieben werden. Junkies sollen in sogenannten „Kontaktläden" verschwinden. Obdachlose sollen nicht mehr „in Schmuckanlagen" lagern dürfen, das „aufdringliche und bedrängende Betteln" (was auch immer das sein mag) wird untersagt, gegen das „Sich-Niederlassen zum Alkoholkonsum" soll seitens der Ordnungskräfte eingeschritten werden, und Jugendlichen wird das „Umherklettern auf Denkmälern" und das „gefährdende Skaten" verboten (alle Begriffe aus der neuen Mannheimer Polizeiverordnung). Dem kaufkräftigen Teil der Bevölkerung soll dadurch die Bahn frei gehalten werden für uneingeschränkten und ungestörten Konsum. Für Mannheim zum Beispiel soll die neue Polizeiverordnung laut CDU-Gemeinderat Jörg Mergenthaler „ein neues Stück verbesserter Lebensqualität in Mannheim" darstellen.

Lebensqualität für wen?

Die Kanthersche „Aktion Sicherheitsnetz"

Zusammen mit anderen Städten der Rhein-Neckar-Region und sogar über die baden-württembergischen Landesgrenzen hinaus, zusammen mit Hessen und Rheinland-Pfalz, soll ein „Sicherheitsnetz" für den gesamten „kriminalgeographischen Raum" entstehen. Die „Aktion Sicherheitsnetz" geht auf eine Initiative von Innenminister Manfred Kanther zurück, der im Rahmen eines Modellversuchs in ausgewählten Großstädten der BRD den Bundesgrenzschutz (BGS) zur „Bekämpfung der Alltagskriminalität" einsetzen will. Der BGS wird somit mehr und mehr als zentralistisch organisierte Bundespolizei etabliert. Beklatscht wird das „Sicherheitsnetz" von Stadträten, Stadtverwaltungen und BürgermeisterInnen ... gleichermaßen. Der Mannheimer CDU-Stadtrat Rolf Schmidt spricht über das „Sicherheitsnetz" sogar von einer „sinnvolle[n] Regionalpolitik". Für die Rhein-Neckar-Region bedeutet das Kanthersche Modell, daß zwischen 40-60 BGS-Beamte zur Unterstützung der Länderpolizeien eingesetzt werden sollen. Der verängstigte „Bürger empfindet jeden Uniformierten, den er zusätzlich auf der Straße erblickt, als Sicherheitsgewinn." (*Mannheimer Morgen*, 22./23.11.1997)

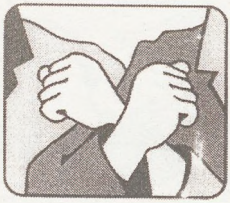


Private Sheriffs - Schützenhilfe für die „überlastete Polizei"

Zu den staatlichen „Sicherheits- und Ordnungskräften" gesellen sich als Ableger und Beschützer des Einzelhandels private Sicherheitsdienste - Konglomerate aus brutalen Schlägern und gescheiterten PolizeianwärterInnen mit oftmals rassistischer Gesinnung.

In Heidelberg treten besonders aggressive Vertreter dieser privaten Sicherheitsfirmen im Schwesternwohnheim im Neuenheimer Feld auf. Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen zum Beispiel Obdachlose durch diese Sicherheitsschläger beleidigt, bedroht und sogar mißhandelt wurden. „Unkonventionell" gekleidete BewohnerInnen oder Gäste des Wohnheims werden abfällig gemustert oder angemacht. BesucherInnen des Wohnheims wurde durch die „Schwarzen Sheriffs" nicht nur einmal der Zugang verwehrt.

Neben den privaten Sicherheitskräften in Kaufhäusern und im Wohnheim fallen auch immer wieder die aggressiv auftretenden Wachleute des Bahnsicherheitsdienstes auf, die vor allem gegen Obdachlose und Junkies in den Bahnhöfen Heidelberg und Mannheim mit zunehmender Gewalt vorgehen. Platzverweise und Hausverbote werden ausgesprochen, Menschen werden anhand ihres Aussehens und ihrer Kleidung kategorisiert und zu unliebsamen „Gästen" deklariert.



Anti-Schmutz-Kampagne in Heidelberg

Anfang Oktober 1997 wurde von der Stadtverwaltung die Aktion „Gemeinsam gegen Schmutz und Schmierereien" ins Leben gerufen. Ganz im Sinne eines bundesweiten Schwerpunkts der Politik der „Inneren Sicherheit" - der „Säuberung der Innenstädte" - soll auch in Heidelberg gegen künstlich generierte Feindbilder vorgegangen werden.

Der „Schandfleck" Schwarzer Block auf der AZ-Demo '97

Graffitis werden zu Schmierereien heruntergestuft und ihrer künstlerischen Komponente enthoben, in Zukunft kostenlos von den Wänden privater Immobilien und Geschäftshäuser entfernt.

„Wild" geklebte Plakate werden von einem professionellen Putztrupp - drei extra eingestellte städtische Mitarbeiter - mit Spachteln, Säure und Sandstrahler entfernt. Auf „wildes Plakatieren" werden Bußgelder zwischen 150 und 1000 Mark erhoben. Die Polizei geht in den Abend- und Nachtstunden massiv gegen PlakatiererInnen vor. Verstärkte Patrouillen in der Hauptstraße und der Plöck sollen vom Plakatieren in der Altstadt abhalten. In einem konkreten Fall kam es seitens der Polizei bereits zu Drohungen mit einer Schußwaffe gegen vermeintliche PlakatiererInnen.

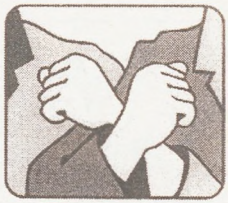
Die Stadtverwaltung, allen voran Oberbürgermeisterin Weber, hat damit ein in Heidelberg populäres Thema aufgegriffen und versucht, mit diesem „populistischen Hausputz" 1998 Stimmen bei der OB-Wahl zu ergattern.

Besonders der Einzelhandel dankt es ihr, wie aus zahlreichen Stellungnahmen hervorging. Die Interessen der Wirtschaft werden so wieder einmal über Information der Bevölkerung und die Vermittlung kultureller und politischer Inhalte bzw. die Werbung für diese gestellt.

Ganz im Zeichen dieser „Säuberungskampagne" findet auch die Umstrukturierung des Stadtteils Bergheim statt - neben dem Autonomen Zentrum (AZ) soll auch Wohnraum weichen, um Büros, Praxen und Geschäften Platz zu machen. Das AZ, das seit nahezu sieben Jahren existiert, ist den Stadtoberen als Treffpunkt für unabhängige Kultur und link(sradikal)e Politik ein Dorn im Auge. Mit einer tendenziösen Berichterstattung in den Medien und einer städtischen Hinhalte- bzw. Verzögerungspolitik sollte der autonomen Szene in Heidelberg der Garaus gemacht werden. Diese Rechnung ging bis jetzt nicht auf. Eine bundesweite Demonstration für den Erhalt des AZ Heidelberg am 24.10.1997 wurde trotz angekündigtem „deeskalierenden Vorgehen" durch Polizeikräfte mehrmals behindert. Dies äußerte sich zunächst in massiven Vorkontrollen (etwa 300), bei denen Menschen mit vorgehaltenen Maschinenpistolen kontrolliert wurden, und setzte sich in der mehrmaligen Drohung der Polizei, den schwarzen Block aufzulösen, fort.

„Innere Sicherheit" ist Sicherheit der Herrschenden

Denn bei der Politik der „Inneren Sicherheit" geht es in erster Linie um die Absicherung des kapitalistischen Systems und damit der Privilegien wirtschaftlicher und politischer Eliten. Von diesen wirklichen Profiteuren soll abgelenkt werden, indem Angstszenarien und Feindbilder konstruiert und der Bevölkerung als Verantwortliche für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen



Mißstände präsentiert werden. Diejenigen, die in kapitalistischer Logik nicht als „verwertbar" gelten, werden ausgegrenzt - eine notwendige Maßnahme, um den Übergang von der „sozialen" Marktwirtschaft zur „freien" Marktwirtschaft zu gewährleisten. Für den Sozialstaat als regelndes Element ist im totalen Kapitalismus kein Platz mehr.

Die Ängste in der Bevölkerung vor Arbeits- und Wohnungslosigkeit, sozialem Abstieg und gesellschaftlicher Ächtung resultieren aus dem Abbau des Sozialstaates, einer logischen Konsequenz des Kapitalismus. Die herrschende Politik präsentiert die angeblich steigende Kriminalität als Ursache der unterschiedlichen Ängste und lenkt somit von den eigentlichen Ursachen ab. Die Ängste dienen wiederum als Grundlage für den Auf- und Ausbau des bundesdeutschen Sicherheitsapparates. Totale Überwachung, Kontrolle und Repression sind jedoch nicht nur notwendige Folgen kapitalistischer Entwicklungen. Sie dienen gleichzeitig auch der präventiven Bekämpfung aufkeimender sozialer Bewegungen und der Absicherung der Herrschaftsverhältnisse.

Laßt euch nicht verarschen!
Leistet Widerstand!

Der Aufschwung sozialer Kämpfe, der in den letzten Monaten in den unterschiedlichsten Bereichen begonnen hat, ist bestimmt kein Zufall, sondern er resultiert aus den aktuellen politischen Entwicklungen, wie den Einschnitten im Bildungs- und Gesundheitswesen, sinkenden Reallöhnen, unsicheren Renten, der Einführung von Studiengebühren und immer höheren Arbeitslosenzahlen. Das alles sind logische Folgen der kapitalistischen Entwicklung in der BRD. Solange die einzelnen Kämpfe jedoch in ihren jeweiligen Nischen geführt werden, ist es für Staat und Kapital leicht, sie zu integrieren und somit zu entkräften. Erreicht werden kann nur dann etwas, wenn es gelingt, die Kämpfe zusammenzuführen, die gemeinsamen Ursachen zu benennen und den Widerstand dorthin zu tragen, wo die Verantwortlichen sitzen.

Das gemeinsame Ziel muß sein:

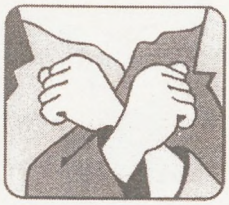
Kapitalismus abschaffen!

Gegen Polizei- und Überwachungsstaat!

Zusammen kämpfen gegen die Sicherheit der Herrschenden!

Autonome Antifa Heidelberg organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION



Schnelle Verfahren gegen „PolitchaotInnen“ und „Kleinkriminelle“

In letzter Zeit sind - vor allem im Zusammenhang mit der Repression gegen Anti-AKW/-Castor-AktivistInnen - vermehrt Fälle bekanntgeworden, in denen Menschen aus dem link(sradikal)en Widerstand in sogenannten Schnellverfahren *abgeurteilt wurden. Weil diese bereits seit Mitte des letzten Jahres „reguläre“, weitere Einschränkung ohnehin maroder „demokratischer“ Rechte nicht einmal mehr von einer „liberalen“ Öffentlichkeit im größeren Rahmen thematisiert worden ist, haben wir aus Informationsgründen einen Text ins redaktionelle Visier genommen, der das darüber gesammelte Material kompakt und leicht verständlich zusammenfaßt und dann abschließend konkrete Tips für den Umgang mit Schnellverfahren gibt. Er ist der 126. Ausgabe (März/April 1998) der anarchosyndikalistischen Zeitung „*direkte aktion*“ entnommen (Seite 5). Trotz seiner Kompaktheit mußte er aus Platzgründen an einigen Stellen gekürzt worden.*

-Sabotage

» WelcheR über 21 Jahre alt ist und wegen eines Tatvorwurfs einfährt, für den höchstens eine Haftstrafe bis zu einem Jahr zu erwarten ist, kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft bis zu einer Woche in Haft gesetzt und innerhalb dieser Woche abgeurteilt werden. Voraussetzung ist, daß nach Ansicht des Gerichts eine „klare Beweislage“ besteht...

Wenn es einer/m nicht gelingt, unter diesen Umständen noch rechtzeitig eine/n AnwältIn zu kontakten, dann hat mensch Pech gehabt. Du bekommst eine/n PflichtverteidigerIn... Und selbst darauf hast du nur Anspruch, wenn mehr als ein halbes Jahr Knast drin sind - ansonsten kannst du ganz ohne AnwältIn vor Gericht gezerrt werden. Du kannst zwar auch hier Berufung gegen das Urteil einlegen - aber in der ersten Instanz werden schon mal Fakten geschaffen.

Mensch stelle sich vor: Du wirst auf einer Antifa-Demo festgenommen, zwei Bullen behaupten steif und fest, sie hätten gesehen, daß du einen Stein geworfen hast - eine „klare Beweislage“. Am nächsten Tag stehst du völlig unvorbereitet, ohne AnwältIn, vor dem Richter, die Bullen ließen dich nicht telefonieren, du hattest keine Möglichkeit, deine AnwältIn zu erreichen. Du wirst zu einem halben Jahr Knast verknackt. Du legst zwar Berufung ein - aber wegen „Flucht- oder Verdunklungsgefahr“ wirst du bis zur nächsten Verhandlung in U-Haft gesteckt... Nach dem Willen der Staatsorgane soll diese Repressionskeule vor allem gegen WiderstandsaktivistInnen (...) und Kleinkriminelle (SchwarzfahrerInnen, KaufhausdiebInnen, DrogenuserInnen etc.) geschwungen werden. Das Konstrukt des Schnellverfahrens eignet sich vorzüglich für typische Demo-Anklagen wie (schweren) Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung.

Schnellverfahren sind ein wichtiger Baustein im Projekt Innere Sicherheit. In Zeiten zunehmender Verarmung und Ausgrenzung werden Widerstand dagegen sowie die Überlebens- und Rückaneignungsformen der "unteren Schichten" verstärkt kriminalisiert - Schnellverfahren als eine Waffe im Klassenkampf von oben. Aber in Schnellverfahren werden auch elementare Grundsätze mit Füßen getreten, die die „bürgerlich-demokratische“ Rechtsprechung für sich proklamiert: Grundsatz der Unschuldsvermutung: Ein/e Beschuldigte/r hat so lange als unschuldig zu gelten, wie er/sie nicht rechtskräftig verurteilt ist. Durch das Behaupten einer klaren Beweislage, z. B. aufgrund von Bullenaussagen, als Grundlage des Schnellverfahrens findet hier eine Vorverurteilung statt.

Das Recht auf eine AnwältIn eigener Wahl

Aber wen interessiert schon derlei „Bedenkenträgerei" in harten Zeiten, wo das Wohl der Nation auf dem Spiel steht, wo der „rechtschaffene Bürger" von finsteren (ausländischen) „Mafiabanden und arbeitsscheuen Dieben und Schmarotzern" um seine Vorgartenruhe gebracht wird? Wo „Wertverfall und Eigennutz" die moralischen Grundfesten der Gesellschaft zerfressen? „Erziehung mit sozialpädagogischen Nettigkeiten", so in etwa ließe sich das Credo konservativer GesellschaftstheoretikerInnen umschreiben. Und damit die Strafe eben diesen „erzieherischen" Effekt erzielt, muß sie nach Ansicht von law-and-order-ExpertInnen direkt auf die Tat folgen. Was sich nun dank Schnellverfahren bequem umsetzen läßt.

(...)

Tips für den Umgang mit Schnellverfahren

Generell muß bei Festnahmen auf Demos und bei Aktionen mit Schnellverfahren gerechnet werden. Ermittlungsausschüsse und Rote/Bunte-Hilfe-Gruppen sollten dies in ihre Aufklärungsarbeit mit einbeziehen (...). Es empfiehlt sich, im Vorfeld von Demos mit AnwältInnen Kontakt aufzunehmen, die im Fall von Schnellverfahren kurzfristig die Verteidigung übernehmen. Außerdem sollten zu diesem Zweck Blanko-Vollmachten bereit gehalten werden. Wichtig: Durch das rechtzeitige Erscheinen einer/s Anwalts konnte bereits in mehreren Fällen das Schnellverfahren abgewendet werden!

Wenn ihr festgenommen werdet und erfahrt, daß euch ein Schnellverfahren droht: Besteht unbedingt darauf, mit einem/r AnwältIn, oder zur Not mit einer/m FreundIn zu telefonieren. Teilt Name, Tatvorwurf, Prozeßtermin und Namen evtl. Mitbetroffener mit. Stellt schriftlich klar, daß ihr den Tatvorwurf bestreitet. Schreibt einen Antrag, in dem ihr erklärt, daß ihr mit einem Schnellverfahren nicht einverstanden seid, weil „ich in meiner Verteidigung beeinträchtigt werde". Verlangt schriftlich nach einer/m AnwältIn, die ihr am besten mit Namen, Anschrift und Telefonnummer angebt. Es muß von Anfang an klar sein, daß ihr alle verfügbaren Möglichkeiten zur Verteidigung nutzen werdet und so der gewünschte Effekt der Aufwandsersparnis vermiest wird.

Wenn ihr vor dem/r SchnellrichterIn steht: Besteht auf dem euch zustehenden Telefonat, falls es euch von den Bullen (widerrechtlich!) verwehrt wurde. Gebt die Ablehnung des Schnellverfahrens und den Wunsch nach einer/m AnwältIn noch mal zu Protokoll. Durch das Stellen von Anträgen läßt sich das Schnellverfahren möglicherweise abwenden oder zumindest verzögern. Solche Anträge können lauten auf:

1. Unterbrechung des Verfahrens bis zu zehn Tagen „um Gelegenheit zum Einschalten eines/r RechtsanwältIn meines Vertrauens zu haben"
2. Befangenheitsantrag gegen den/die RichterIn aufgrund „dienstlicher Äußerungen".
3. Bis zu zehntägige Unterbrechung zur Benennung von ZeugInnen, „deren Nachnamen mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind" und die „die Aussagen der Belastungszeugen widerlegen und meine Unschuld beweisen können".
4. Ladung einer/s namentlich bekannten ZeugIn (wenn klar ist, daß dies für die betreffende Person o.k. ist).
5. Hinzuziehen von Bildmaterial des Fernsehsenders „xy"

In einem Schnellverfahren dürfen mit Zustimmung der/s Angeklagten ZeugInnenaussagen (z.B. von Bullen) schriftlich verlesen werden, ohne daß der/die ZeugIn selbst anwesend ist. Lehnt die auf jeden Fall ab!

Generell gilt auch hier:
keine Aussagen ohne Absprache mit einem/r RechtsanwältIn!

Keine Aussagen, die evtl. andere Leute belasten!

Und: Laßt euch nicht einschüchtern - Widerstand läßt sich nicht verbieten!«

Immer noch:

Auch wenn die Heidelberger Verbindungsstudenten letztes Jahr erstmals nicht auf dem Marktplatz erschienen sind, richteten wir auch dieses Jahr Ende April unser Hauptaugenmerk auf die Verhinderung des Maiansingens und auf die Aufklärung über den Charakter der Korporationen. Vor allem zu Semesteranfang scheint es uns wichtig, insbesondere HochschulzugängerInnen vor dem reaktionären Haufen zu warnen. So hätte am 21. April 1998 eine Veranstaltung mit dem Titel „*Stützen der Gesellschaft - Eliten der Nation*" in den Räumen der Neuen Uni in Heidelberg stattfinden sollen, die dann aber aus organisatorischen Gründen doch gecancelt werden mußte. Der folgende Text stammt von jenem Menschen, der an diesem Abend hätte referieren sollen:

-Autonome Antifa Heidelberg

Die Verbindungen kappen ! Burschenschaften abschaffen!

»Studentenverbindungen sind aus dem Tagesgeschehen und Alltagsbild Heidelbergs weitgehend verschwunden. Meist ziehen sie sich in ihre Verbindungsvillen zurück oder teilen sich ihre Biertische im 'Seppl' oder im 'Roten Ochsen' mit amerikanischen und japanischen Touristen, die sich freuen, hier 'original-deutsches Studentenleben' vor die Linse zu kriegen. Zumindest das öffentliche Auftreten in Couleur (mit Band und Mütze) ist selten geworden und auch das Anwerben von Erstsemestern durch Flugblätter hat merklich abgenommen. Die Korporationen haben allen Grund, sich nicht mehr allzu offen auf dem Präsentierteller zu bewegen. Die Schlagzeilen, die sie in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben, waren nicht besonders positiv. Da war zum Beispiel die Razzia der Kriminalpolizei bei der 'Europaburschenschaft Arminia zu Zürich', bei der umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial, SS-Fahnen und Videokassetten mit dem Film 'Der ewige Jude' beschlagnahmt wurden. Letzterer entstand übrigens unter der Leitung Fritz Hipplers, Mitglied der Landsmannschaft Teutonia, beliebter Autor neonazistischer Blätter wie der 'Nationalzeitung' der 'Deutschen Volksunion' und bis in die jüngste Zeit gern gesehener und hochgeehrter Gast seiner Heidelberger Verbindung. Da sind die immer wieder ans Licht kommenden Verbindungen der Burschenschaft Normannia und anderer hiesiger Korporationen ins rechtsradikale Lager bis hin zur Teilnahme stadtbekannter Nazi-Schläger am berüchtigten 'Maiansingen' auf dem Heidelberger Marktplatz.

Doch diese rechtsradikalen Auftritte, die sicherlich nur die Spitze des Eisberges darstellen, sind nicht das eigentlich Bedrohliche an den Studentenverbindungen. Immer noch - teils aus Unwissenheit, teils mit Bedacht - bis ins Lager der bürgerlichen Parteien akzeptiert und anerkannt, stellt diese selbsternannte gesellschaftliche Elite ein Bindeglied zwischen organisiertem Rechtsextremismus und der gesellschaftlichen Mitte dar.

Vieles wird in manchen Korporationen heute tatsächlich nicht mehr so eng gesehen wie in den fünfziger Jahren. Da wird schon mal ein 'nicht Deutschblütiger' als Bundesbruder oder Gegner 'auf der Mensur' akzeptiert oder ein Kriegsdienstverweigerer als Mitglied aufgenommen. Das ist gut für's Renommee in der Öffentlichkeit und kann als Alibi vorgewiesen werden, wenn man einmal wieder wegen rechtsradikaler Sprüche ins Gerede gekommen ist. Auch die Grünen helfen gerne mal mit, wenn es gilt, die Studentenverbindungen aus der rechten Schmuddelecke herauszuholen. So hielt Anfang des Jahres der prominente Grünen-Politiker und ehemalige Burschenschafter Rezzo Schlauch einen Vortrag über 'Innere Sicherheit' bei der Heidelberger Gruppe des Ver-

bandes der Vereine Deutscher Studenten (VVDSt), der Ende des vorigen Jahrhunderts explizit aus antisemitischen Beweggründen gegründet wurde und nach wie vor völkisch ausgerichtet ist.

Die Burschenschaften vertreten Positionen, die tatsächlich auch in der offiziellen deutschen Politik wieder stärker in den Vordergrund treten. So ist der 'volkstumsbezogene' Vaterlandsbegriff, der von den Burschenschaften eingefordert wird und der inhaltlich etwa dem Rassegedanken der Nazi-Ideologie gleicht, immer noch in der deutschen Rechtssprechung verankert - Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist. Auch die Betonung der männlich-soldatischen Tugenden findet ihre Entsprechung in der zunehmenden Präsenz der deutschen Armee in der Öffentlichkeit, z. B. durch öffentliche Rekrutenvereidigungen. Hauptaktivitätsfeld blieb jedoch auch in den letzten Jahren der Geschichtsrevisionismus. Die Aktivitäten gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht wurden maßgeblich von Heidelberger Verbindungsstudenten vorangetrieben. ... Ebenfalls noch gut in Erinnerung sind die Worte des Festredners auf dem Verbandstreffen des CC 1993, dem in Heidelberg fünf Landsmannschaften und Turnerschaften angehören. Der redete von den deutschen Helden, die vor Stalingrad die Heimat verteidigt hätten, und anderen brechreizerregenden Unfug. Das Umschreiben und Reinwaschen der deutschen Geschichte ist nicht nur ein Produkt der Vergangenheitsverdrängung, sondern Voraussetzung für die Großmachtpolitik des 'neuen' wiedervereinigten Deutschland.

Die Erklärung einer Minderheit von 'liberaleren' Verbindungen, es seien ja gar nicht alle Studentenverbindungen, die sich in solch rechtem Sumpf bewegen, bleiben zumindest solange Makulatur, wie man sich mit den rechten Hardlinern von 'Coburger Convent' und 'Deutscher Burschenschaft' in gemeinsamen Dachverbänden an einen Biertisch setzt. Im Übrigen wäre zu fragen, was denn reformierbar sein soll an einem Kult von Ehre, Männlichkeit und Vaterland - denn um einen solchen handelt es sich bei fast allen Verbindungen.

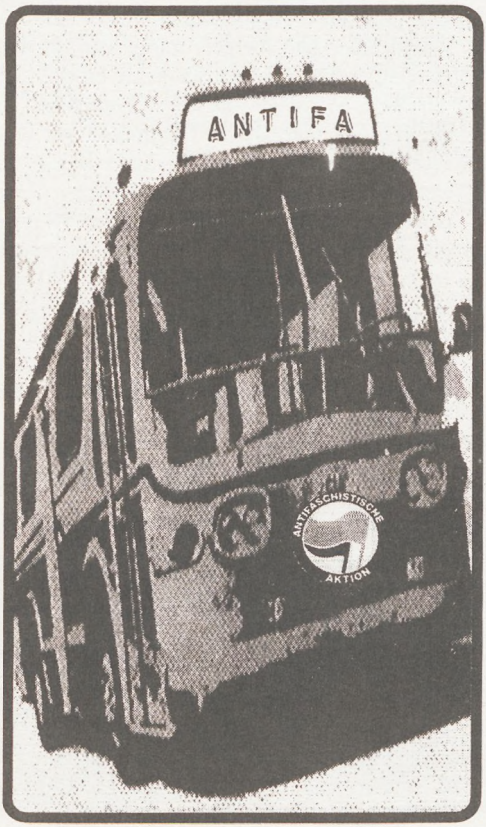
Auch an den Hochschulen, wo ohnehin wieder ein elitärer Leistungsbegriff und eine stärkere Orientierung an Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund tritt, stehen die Ideale der Studentenverbindungen wieder hoch im Kurs. Es ist also gar nicht so unwahrscheinlich, daß die Korporationen bald wieder sehr viel offensiver ihr chauvinistisches, militaristisches und revisionistisches Gedankengut in die Öffentlichkeit tragen werden. Es sei denn, sie werden tatkräftig daran gehindert. Der Nacht zum ersten Mai kommt dabei eine symbolische Bedeutung zu. Seit Jahren wird dort um Mitternacht 'Der Mai ist gekommen' zum besten gegeben, aber auch schon mal gerne 'Deutschland, Deutschland über alles' gesungen und dabei - laut einer Zeugin beim Heidelberger Amtsgericht - die Hand zum Hitlergruß erhoben. Schon seit etlichen Jahren gibt es Menschen, die sich öffentlich und laut gegen diesen martialischen Aufmarsch zur Wehr setzen. Im letzten Jahr hat das Maiansingen zum ersten Mal nicht mehr auf dem Heidelberger Marktplatz stattgefunden. Die Burschenschaft Normannia wich mit ihren schwarz-braunen Kumpanen mit einem Fackelzug auf das Schloß aus. Nun gilt es, den Marktplatz in der Nacht zum ersten Mai, dem Kampftag der ArbeiterInnenbewegung, gegen die korporierten Reaktionäre zu verteidigen und den erkämpften öffentlichen Raum mit linken Inhalten zu füllen.«

Die Antifa-Mobiltour 1998

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN) und die Gruppen Für Andere Zustände (FAZ) und Antifaschistische Jugend Aktion (AJA) aus Mannheim planen für den Zeitraum 25. bis 30. Mai 1998 eine Antifa-Mobiltour.

Was ist eine Antifa-Mobiltour?

Wir fahren eine Woche lang durch verschiedene Orte, um dort Veranstaltungen zum Thema „Antifaschismus" anzubieten. Im Idealfall sind wir morgens an einer Schule, mittags in der Stadt und abends in einem Jugendzentrum o. ä.



Wieso die Region Vorderpfalz?

Seit einiger Zeit sind in besagtem Gebiet verstärkt Aktivitäten von Neonazis festzustellen. In Bad Dürkheim, Landau, Grünstadt, Frankenthal, um nur einige Beispiele zu nennen, gab und gibt es regelmäßige Treffen größeren Stils; an diversen anderen Orten fallen immer öfter Nazi-skins und rechte Schläger auf.

Warum fahren wir aus Heidelberg/ Mannheim in die Vorderpfalz?

Relativ ungestört konnten sich die Neonazis in der Vorderpfalz organisieren und mit Nazistrukturen in ihrer näheren Umgebung vernetzen, d. h. in unserer Region.

Was wollen wir mit der Antifa-Mobiltour erreichen?

Neben Information und Aufklärung soll die Antifa-Mobiltour auch dazu beitragen, daß antifaschistisch gesinnte Menschen sich in ihrer Arbeit ermutigt fühlen. Bei der ersten Antifa-Mobiltour 1994 wurde Kontakt zu einzelnen Personen und kleinen Gruppen geknüpft, die sich dem AARN anschlossen.

Schließlich geht es darum, Faschismus an jedem Ort und in jeder Form entgegenzutreten.

Geschichte des AARN

Das AARN entstand 1994 infolge zweier Hauptereignisse: Zum einen aus der „Aktion '94", deren Ziel es war, Aktionen gegen den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der Neonazis durchzuführen, und zum anderen aus der „1. Antifa-Mobiltour" durch das Heidelberger Umland. Durch Informationsstände vor Schulen und auf Marktplätzen wurde u. a. das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern gesucht, um diese über Antifapolitik zu informieren. Abends wurden dann Veranstaltungen mit Filmen und Gesprächen in Jugendzentren durchgeführt.

Ziel der Tour war und ist erneut:

- Auf Menschen zuzugehen, zu informieren, aufzuklären
- Die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu lokalen Antifagruppen, die schon länger zu dieser Thematik arbeiten
- Bestehende Kontakte zu Leuten vor Ort zu vertiefen und neue Kontakte zu knüpfen

Auch die Erkenntnis, nicht auf Bündnisarbeit in der Anti-Nazi-Arbeit verzichten zu können, trug zur Gründung des AARN bei. Inzwischen besteht das Bündnis aus acht Gruppen verschiedenster Organisationen und Parteien.

Aktivitäten des AARN sind:

- Öffentlichkeitsarbeit durch Veranstaltungen, Pressearbeit etc.
- Koordination und Unterstützung von Aktionen einzelner Mitgliedsgruppen
- Prozeßbeobachtung und -nachbereitung
- Outing-Aktionen (Bekanntmachen von Nazis und ihren Aktivitäten in deren Umgebung)

Überblick:
Nazi-Aktivitäten in der Region 1997

28.02./01.03.97 25 Nazi-Skinheads, die überwiegend aus der Pfalz stammen, überfallen eine Kneipe mit vorwiegend nichtdeutschen BesucherInnen in Mannheim-Neckarstadt und verletzen dabei zwei Besucher, einen davon schwer

In der gleichen Nacht überfallen kurz darauf zwei Nazi-Skinheads aus der Pfalz einen vermeintlichen Obdachlosen am Mannheimer Hauptbahnhof

07./08.05.97 Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof im südwestpfälzischen Busenberg bei Pirmasens

03./04.06.97 Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof in Neustadt/Weinstraße. 30 Grabsteine werden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert, ein Grabstein umgeworfen

13./14.06.97 Auf dem Rebblütenfest in Kirchheim/Weinstraße tauchen an beiden Tagen Nazi-Skinheads auf und randalieren

19.06.97 Ein polizeibekannter Neonazi aus Neustadt wird festgenommen. Er hatte monatelang die jüdische Gemeinde in Mannheim telefonisch terrorisiert

30.06./01.07.97 In Ludwigshafen wird eine Kirche mit Hakenkreuzen beschmiert

Juli '97 In Einselthun greifen 20 Nazi-Skinheads auf dem Weinfest ausländische BesucherInnen an

10.08.97 20 Nazi-Skinheads randalieren auf der Deidesheimer Kerwe

17.08.97 Offensichtlich in Zusammenhang mit dem alljährlich stattfindenden „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" der Nazis nimmt die Polizei in Ludwigshafen/Mundenheim insgesamt 16 Skinheads in Gewahrsam

18.10.97 Der Ludwigshafener Skinhead Christian Hehl eröffnet in Ludwigshafen/Mundenheim einen Laden namens „Hehls World"

13.12.97 In der Mannheimer FußgängerInnenzone veranstaltet die NPD einen Infostand mit ca. 40 TeilnehmerInnen aus dem überregionalen NPD/JN-Spektrum

19.12.97 Im pfälzischen Dahn gibt die Polizei die Ermittlung gegen sieben Angehörige der rechtsradikalen Szene bekannt, die für mehrere Friedhofsschändungen und Beschädigungen an jüdischen Einrichtungen seit 1994 verantwortlich gemacht werden. Sechs der ermittelten Verdächtigen werden der „Aktion sauberes Deutschland" (ASD) des Ludwigshafener Neonazis Ernst Tag zugerechnet

27.12.97 In Kirchheim-Bolanden (Nordpfalz) überfallen 22 Skinheads eine Kneipe, wobei ein 40jähriger farbiger Amerikaner sowie einer der Skinheads lebensgefährliche Stichverletzungen erleiden.

31.12.97 In Otterstadt (bei Speyer) überfallen ca. 20 junge Neonazis vier Jugendliche und verletzen diese schwer

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar

Antifaschistisches Camp in Ludwigstein bei Göttingen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit wollen wir Euch zum Antifaschistischen Camp vom 2.-5. Juli '98 auf der Burg Ludwigstein einladen. Das Motto des Camps lautet „Organisiert den revolutionären Widerstand". Vier Tage können sich Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet, wie auch internationale Gäste, unter dem übergreifenden Thema „Organisierung" dem Stand und der Perspektive der radikal-antifaschistischen Bewegung widmen. Veranstaltet wird das Camp von der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. Göttingen.

antifa schistisches CAMP 98

Warum dieses Camp?

Ziel des Camps ist es, einen Rückblick auf den bisherigen Organisierungsprozeß der antifaschistischen Bewegung zu werfen, den Stand und die derzeitigen Möglichkeiten antifaschistischer Politik auszuloten und gemeinsam weitere Schritte zu entwickeln.

Anfang der 90er war die Frage nach einer bundesweiten, autonomen Organisierung sehr kontrovers diskutiert worden. Mittlerweile sind sich fast alle über die Notwendigkeit organisierter Strukturen einig. Dies nicht zuletzt durch die Erkenntnis, daß der Zersplitterungsprozeß der bundesdeutschen Linken immer weiter fortschreitet und auch linksradikale Positionen gesellschaftlich isoliert sind.

Aktuelle Ereignisse wie die Demonstration gegen den Bundeswahlkongreß der NPD im Februar diesen Jahres in Passau, ebenso wie die Großdemonstration in Saalfeld unter dem Motto „Gegen jeden rechten Konsens" im März machen deutlich, wie der Staat auf linksradikalen/antifaschistischen Widerstand reagiert. Die Darstellung antifaschistischer Initiativen als „gewaltbereiter Extremismus" in der Öffentlichkeit dient der Rechtfertigung repressiver Maßnahmen. Diese polizeistaatlichen Methoden müssen im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte um die Aufrüstung der sogenannten Inneren Sicherheit gesehen werden.

Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig es für fortschrittliche Gruppen ist, die gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen, Leute zu sammeln und durch Zusammenarbeit, gemeinsame Praxis und gegenseitigen Austausch die Politikfähigkeit der antifaschistischen Bewegung wieder herzustellen bzw. zu festigen.

Trotz verschiedener existierender Organisierungs- bzw. Vernetzungsansätze wie die AA/BO, das Bundesweite Antifatreffen (BAT) oder das ROTKÄPPCHENtreffen einiger Ost-Antifas, ist noch keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage nach einer erfolgreichen breiten Organisierung gefunden.

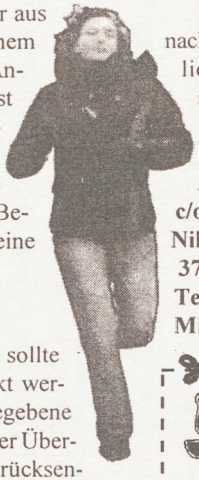
Das Camp soll ein Forum bieten, Schwächen und Stärken antifaschistischer Politik zu beleuchten, Kontakte zu knüpfen und vorhandene zu intensivieren.

Organisatorisches

Das Camp findet auf dem Gelände der Jugendburg Ludwigstein bei Witzenhausen/Göttingen statt. Insgesamt ist Platz für ungefähr 500 Personen, wobei ein Teil der Leute in der Burg, der größere Teil auf einer Wiese bei der Burg in

Zelten übernachten kann. Solltet Ihr aus irgendwelchen Gründen nicht in einem Zelt schlafen können, bitte bei der Anmeldung angeben. Die alte Burg ist leider nicht rollstuhlgerecht eingerichtet.

Wenn Ihr Kinder mitbringt, wäre es gut, wenn Ihr ebenfalls vorher Bescheid gebt; wir bemühen uns um eine Kinderbetreuung.



Anmeldeschluß...

...ist der 29. Mai '98. Bis dahin sollte der Anmeldebogen zu uns geschickt werden und der Beitrag auf das angegebene Konto überwiesen sein. Den Beleg der Überweisung mit dem Anmeldebogen zurücksenden. Dies gilt als verbindliche Anmeldung. Der Beitrag pro Person beträgt 60,- DM für die vier Tage. Dies beinhaltet 3 Übernachtungen sowie Donnerstag Abendessen, Freitag und Samstag 3 Mahlzeiten und Sonntag Frühstück und Mittagessen. Mitgebracht werden müssen: Zelte, Isomatten und Schlafsäcke - letzteres gilt auch für diejenigen, die in der Burg übernachten.

Sollten sich mehr als 500 Leute anmelden, haben diejenigen Vorrang, die sich zuerst angemeldet haben. Der Platz ist leider nicht endlos ausdehnbar.

Außerdem müssen wir drauf hinweisen, daß Ihr keine Hunde mitbringen könnt!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Anfang Juni bekommt Ihr nach Anmeldung ein ausführlicheres Programm zugeschickt. Falls Ihr vorher noch Fragen habt, wendet Euch bitte an:

Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen,
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Tel/Fax: 0551/549081
Mittwoch und Freitag 19-21 Uhr sonst AB

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

Das Autonome Zentrum im Mai

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Fr	**Internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung**	**18 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!** **TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)**
2 Sa	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (So - So)**	**19 Di**	18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Gewaltfreien Aktionsgruppe**
3 So	20.00 Kneipe mit der **SO-Crew**: **Kaltes Buffet** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum 'n' bass, techno...	**20 Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
4 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü	**21 Do**	16.00 offenes Treffen der **AJA** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe der **UnheilBar**
5 Di	18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **KINO**-Abend mit Film „*Ocean Warrior*"	**22 Fr**	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film ab: 21.00 „*Fish and Chips*" (Regie: Stephen Frears)
6 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**	**23 Sa**	14.00 **ganztägiger Cafébetrieb**: Café und Kuchen mit der **Café-Gruppe** 21.00 **Pink Party** zugunsten der WG „**PositHIV Wohnen in HD**"
7 Do	16.00 offenes Treffen der **AJA** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 **PicNik** mit **NicNik**	**24 So**	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum 'n' bass, techno...
8 Fr	20.00 Kneipe der **Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA)	**25 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**

Fr	**Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA)
9 Sa	22.00 **Party** „Hits der 80er Jahre“ mit dem **DJ Kombinat Jürgen Sparwasser**
10 So	11.00 **Frühstücksbuffet** 20.00 Kneipe mit der **SO-Crew**: **Punkrocknacht** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum ‘n’ bass, techno...
11 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
12 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do, So)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill“**
13 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
14 Do	16.00 offenes Treffen der **AJA** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
15 Fr	22.00 **FrauenLesben Disco**
16 Sa	21.00 **Babylon Sound System**: Jamaican Reaggae & England Dub zugunsten des **Frauenhauses HD**
17 So	20.00 Kneipe mit der **SO-Crew**: **Indische Küche** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum ‘n’ bass, techno...
Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
26 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do, Fr)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü der **Palästinensischen Tanzgruppe**
27 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
28 Do	16.00 offenes Treffen der **AJA** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
29 Fr	20.00 Kneipe mit **EGATOBAS**
30 Sa	23.00 **Shut up and dance!** big beat, dub, drum ‘n’ bass
31 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**: jazz, soul, hiphop, drum ‘n’ bass, techno...

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

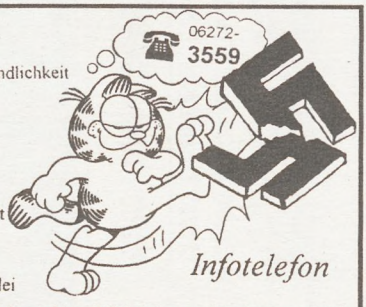
Castor-Widerstand Neckarwestheim - März '98

Sechsmonatige Haftstrafen auf Bewährung für Unschuldige - Meineidsvorwurf mit Haftbefehl für ZeugInnen

Beim letzten Castortransport von Neckarwestheim nach Ahaus gab es wieder vielseitigen Protest und Widerstand. Viele Tausende von Menschen gingen spontan oder organisiert auf die Straßen und Schienen. Zahlreiche Aktionen verzögerten oder verteuerten den Transport. In den meisten Medien wird dies nur unzureichend oder gar nicht erwähnt, sondern im Interesse des Atomstaates ausgelegt. Meist wird der Transport als gelungene Polizeiaktion dargestellt. Den Transporttermin vorzuverlegen, wird als 'Trick' bezeichnet.

So wird davon abgelenkt, daß dieser 'Trick' - wie auch das verhängte Demonstrationsverbot - es vielen Leuten schwierig oder unmöglich machte, ihr Recht auf Meinungsäußerung wahrzunehmen und gegen die Atomtransporte zu protestieren. Mehr noch als beim letzten Transport zielt diese Polizeistrategie darauf ab, die Erfolge von Widerstand - vor allem der vielen Blockadeaktionen entlang der gesamten Transportstrecke - unsichtbar zu machen. Es reicht ihnen nicht mehr, nur den Transport durchzuprügeln, vielmehr wollen sie allen das Leben schwermachen, die ihren Unmut über die Atommüll-Transporte auf die Straße tragen. Dazu gehen sie sogar so weit, daß AtomkraftgegnerInnen durch Repression gegen willkürlich Herausgegriffene eingeschüchtert und abgeschreckt werden sollen.

Gegen
Ausländerfeindlichkeit
Rassismus
Faschismus
Ignoranz
Engstirnigkeit
Lügen und
Deutschtümelei



lokale, regionale und (natürlich keine nationalen, sondern) bundesweite Nachrichten über und gegen Nazis

Nur so ist zu erklären, daß das Heilbronner Amtsgericht am Freitag, noch während der Castor-Transport nach Ahaus unterwegs war, zwei beschleunigte Verfahren nach § 417 der Strafprozeßordnung durchgeführt hat. Gegen einen willkürlich herausgegriffenen Demonstranten wurde ein Schnellverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Der Amtsrichter zog das Verfahren vor, so daß es ohne den Anwalt des Angeklagten stattfand, der wegen eines anderen Prozesses zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend sein konnte. Der Angeklagte wurde trotz entlastender Aussagen von ZeugInnen vom Richter zu sechs Monaten Haft (auf drei Jahre Bewährung) und 900 DM Geldstrafe verurteilt. Noch vor der Urteilsverkündung wurden die drei ZeugInnen mit dem Vorwurf des Meineids vom Staatsanwalt verhaftet und eingeknastet. Gegen eine Person wurde Haftbefehl erlassen wegen schweren Meineids. Die vom Staatsanwalt geforderte U-Haft wurde von der Haftrichterin abgelehnt. Während des Verfahrens wurden von staatlicher Seite Fehler gemacht, so wurden zum Beispiel die Aussagen falsch protokolliert.

In einem zweiten Verfahren lautete die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung. Dabei wurde dem Angeklagten vorgeworfen, bei der Räumung der Blockade vor Tor 2 des AKW Neckarwestheim Polizisten verletzt zu haben. Bei der Vernehmung kam heraus, daß sich der Angeklagte gegen einen Fußhebel gewehrt hatte, der gegen ihn angewendet wurde. Einen anderen Polizisten hatte er in den behandschuhten Finger gebissen, als dieser ihm Mund und Nase zuhalten wollte. Die Polizisten gaben zu, daß sie jeweils nur einen kurzen Schmerz erlitten hatten und nicht verletzt worden waren - nicht einmal blaue Flecken waren zu beklagen. Das ganze wurde dann mit sechs Mona-

ten Freiheitsstrafe (auf drei Jahre Bewährung) und 600 DM Geldstrafe geahndet.

So sind diese TeilnehmerInnen der Blockadeaktion vor Tor 2 mit einem juristisch umstrittenen Schnellverfahren überrumpelt worden. Obwohl kein Polizist 'gefährliche Körperverletzungen' erlitten hatte, sind nicht nur hohe Geldstrafen, sondern auch lange Haftstrafen auf Bewährung ausgesprochen worden. Alle, die sich angesichts dieser unglaublichen und undemokratischen Repression getraut haben, als AugenzeugInnen die Unschuld der Angeklagten zu beteuern, werden vom Staatsanwalt des Meineides bezichtigt. Hier sollen unbedingt Schuldige gefunden werden für Straftaten, die es gar nicht gab! Wie in einem Schauprozeß darf nichts gesagt werden, was die falsche Anklage entlarven würde!

Wir lassen uns aber nicht einschüchtern, auch nicht durch Schnellverfahren oder Meineidsvorwürfe!

Solidarität ist unsere Waffe!

Unterstützung der Anti-Castor-Verfahren
c/o Infoladen
Postfach 1141
72601 Nürtingen

Spendenkonto:
Sonderkonto TAIGA, Kontonr. 540.40.000
VOBA Tübingen, BLZ. 641.90.110

Auch du wirst Mitglied, Genosse/Genossin!

Initiative für ein Freies Radio Rhein-Neckar braucht weiterhin Mitglieder

Seit letzten Herbst gibt es die Initiative für ein Freies Radio Rhein-Neckar, und jetzt wird es langsam ernst. Bis zum Juli müssen wir der LfK (Landesanstalt für Kommunikation) ein tragfähiges Konzept vorgelegt haben, um im Herbst hoffentlich auf einer der freiwerdenden Frequenzen an den Start gehen zu können. Die Chancen stehen nicht schlecht, da nicht nur laut Landesmediengesetz freie und nichtkommerzielle Radios als förderungswürdig gelten, sondern durch die Fusion von SWF und SDR auch gleich mehrere Frequenzen verfügbar werden. Und schließlich ist der Rhein-Neckar-Raum der einzige Ballungsraum in Baden-Württemberg (und darüber hinaus) *ohne* Freies Radio. Es wird also Zeit!

Um das ganze aber wirklich auf ein solides Fundament zu stellen, brauchen wir weiterhin Mitglieder, aktive und passive. Also entweder Leute, die sich in einer der Arbeitsgruppen (Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit, Technik) engagieren und schon aus selbstverständlicher Solidarität laut herausrufen: „Ja, selbstverständlich werde ich Mitglied im Förderverein Freies Radio und überweise jeden Monat fünf Mark!“ oder Leute, denen das Gedudel und Gesabbel, das die herkömmlichen Sender täglich aufbereiten, auch auf die Nerven geht und die denken: „Ja, fünf Mark im Monat ist mir ein Freies Radio wert, auch wenn ich keine Zeit habe, mitzuarbeiten.“ Wichtig dabei ist auf jeden Fall, daß wir die Mitglieder schon jetzt brauchen, um bei der Bewerbung deutlich zu machen, daß es genug Menschen im Rhein-Nekkar-Raum gibt, die an einem freien, nicht-kommerziellen, kritischen und anderen Radio Interesse haben.

Also: Beitrittserklärungen ausfüllen und abschicken an den:

Förderverein für das Freie Radio
Rhein-Neckar e. V.
Postfach 12 06 51
68057 Mannheim

Infos gibt es unter
Telefon 0621/8547074 oder Fax 06202/277977
(oder kommt zum regelmäßigen Treffen, jeden Sonntag ab 19.00 Uhr, im Josh in der Mittelstraße 20 (Nähe Alter Meßplatz) in MA)

Innenstadtaktionstag am 18.04.98

»Am Samstag, den 18.04.1998 um 14.00 Uhr fanden sich über 200 Menschen zu einem Protestpicknick auf dem Paradeplatz ein, um mit fantasievollen und witzigen Aktionen ihren Unmut zu artikulieren. Es wurde Federball, Fußball und Crocket gespielt, getanzt, Literatur vorgetragen, im schwarzen Abendkleid Sekt geschlürft - ein Marktschreier verkündete die neue Polizeiverordnung, andere wiederum schrubbten mit Zahnbürsten den Brunnen, ein „Schwarzer Sheriff" bewachte konsequent eine zum Privateigentum erklärte Rasenfläche... Währenddessen verteilten andere rund um den Paradeplatz Flugblätter. Um 16.00 Uhr wurde aufgeräumt und die Aktion beendet. Der Polizeibericht als auch die Berichterstattung in der Tagespresse zeigen wieder einmal deutlich, daß es den Herren Ragge, Gehr und Dressler etc. nicht um objektive Information geht, sondern darum, mit Hetzartikeln und Lügen die städtische Ordnungspolitik zu rechtfertigen. Dabei sprechen zum Beispiel die Überschriften in der Bild *(„Drogen, Dreck, Alkohol, Pöbeleien - Schande am Paradeplatz") oder im* Mannheimer Morgen *(„Punker provozieren Polizei") eine deutliche Sprache. Es wurden in diesen Artikeln mit keinem Wort die Inhalte der Aktion erwähnt, stattdessen wurde eine nach der Aktion stattgefundene Konfrontation zwischen einigen Punks und der Polizei breitgetreten und den AktionsteilnehmerInnen in die Schuhe geschoben. Dieses Geschrei von Ordnungsmacht und Presse zeigt, wie heikel das Thema „Polizeiverordnung" ist und außerdem, wie empfindlich sie auf jegliche Opposition gegen ihre „Law 'n' Order"-Politik reagieren.« (aus dem „*Wem gehört die Stadt?*"-Info zum Protestpicknick am 18.04. in Mannheim)*

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen das Flugblatt, mit dem zu diesem Innenstadtaktionstag mobilisiert wurde: -Sabotage

Der städtische Raum als Austragungsort von Konkurrenzkämpfen

Der Druck auf Städte und Regionen, sich im internationalen Konkurrenzkampf als attraktiver Wohn- und Standort für konsumfreudige Zuzügler und das mit ihnen ziehende Steuergeld darzustellen, wirkt sich mittlerweile in allen deutschen Großstädten auf das städtische Leben aus. Diesem Trend folgend werden innerstädtische Räume zu reinen Konsumzonen umgestaltet, in denen (Vor)Stadtbewohner ungestört durch den Anblick mißliebiger Personen wie Junkies, Obdachlose, MigrantInnen und Punks flanieren und konsumieren können. Bezüglich der Nutzung dieses öffentlichen Raums der Innenstadt besteht ein schweigender Konsens zwischen den Stadtregierungen und dem Einzelhandel: Die Innenstadt soll nicht für alle, sondern nur für die zahlende Öffentlichkeit zugänglich sein. Armut und Elend haben in dieser heilen Welt des Konsums nichts zu suchen. Während die Arbeitslosigkeit zunimmt und immer mehr Menschen an oder unter die Armutsgrenze rutschen und somit aus der Wohlstandsgesellschaft herausfallen, steigt die Tendenz, bestimmte Gruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen.

Sicherheits- und Sauberkeitswahn

Statt an den Ursachen gesellschaftlicher Probleme anzusetzen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen, weisen Politiker jeder Couleur die soziale Verantwortung von sich und plädieren für ein härteres Durchgreifen. Das populistische Eintreten für Sicherheit und Sauberkeit vieler Politiker ist aber kaum dafür geeignet, dauerhafte Veränderungen herbeizuführen. Vielmehr dient es dazu,

sich in Szene zu setzen, um konservative Wählerstimmen abzuschöpfen und von der eigenen verfehlten Politik abzulenken. Vor dem Bild der Innenstadt als homogener, sauberer Konsumzone fällt es nicht besonders schwer, Personengruppen, die nicht in dieses Szenario passen, weil sie z. B. nicht konsumieren wollen oder können, herauszudeuten und sie zu Sündenböcken zu machen. Zu diesem Zweck sind sich weder Politiker noch Medien zu schade, auch auf die abgeschmacktesten Klischees zurückzugreifen. So werden beispielsweise Obdachlose und Junkies zu skrupellosen Kriminellen, MigrantInnen zu Drogendealern und Autodieben, Bunthaarige zu brutalen Randalierern hochstilisiert und zum Gesellschaftsfeind Nr. 1 erklärt. Das Horrorszenario, das hier entworfen wird, um Gefühle der Bedrohung zu verstärken, weckt den Wunsch der BürgerInnen nach einem autoritären Staat und untergräbt somit die Demokratie. Ein solches Klima ist dafür geeignet, den Weg für faschistische Tendenzen zu bereiten.

Schon allein der in letzter Zeit so häufig benutzte Begriff des „subjektiven Sicherheitsempfindens" der BürgerInnen zeigt, daß nicht objektive Bedrohungen in Form von konkreten Straftaten Ziel politischer Maßnahmen sind. Durch das Eingehen auf subjektive Sicherheitsgefühle werden nun plötzlich Handlungen, wie z. B. Betteln, Skaten, Betreten von Rasenflächen etc. oder Zustände bestimmter Stadtviertel wie etwa verschmutzte Straßen, besprühte Wände zum Gegenstand politischer Interventionen. Dies ist von Seiten der Stadtregierungen durchaus so gewollt und wird systematisch gefördert. Dahinter steht die Strategie, die Bürger erst zu verunsichern, Feindbilder zu konstruieren, um dann um so effektiver auf relativ kostengünstige und - im Hinblick auf die nächsten Wahlen - populistisch verwertbare Art Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Zeitgleich mit dem Abbau der Sozialleistungen und der Zunahme der Armut wird versucht, Sozialpolitik durch Ordnungspolitik zu ersetzen.

Letzteres Gebiet bietet derzeit einen wahren Tummelplatz für profilierungswütige Politiker aller Parteien. Dies führt zum Erlaß strikter Sicherheits-Verordnungen und -Gesetze, zu einer Zunahme der sozialen Kontrolle, während an der Hauptursache der (im übrigen rückläufigen) Kriminalitätsrate, nämlich der Wirtschaftskriminali-

Am Samstag ab etwa 14.00 Uhr versammelten sich zeitweise bis etwa 200 Personen auf den Grünanlagen des Mannheimer Paradeplatzes, um u. a. mit Radfahren und Fußball spielen auf den Grünanlagen provokant ihren Unmut über die Polizeiverordnung der Stadt Mannheim kundzutun. Es handelte sich dabei überwiegend um Personen aus dem linken, teils links-autonomen Spektrum sowie zahlreiche Punker.

Polizei und Stadt Mannheim tolerierten trotz des auf Provokation angelegten Verhaltens der Teilnehmer die nicht angemeldete Veranstaltung, um die zahlreichen Bürger und Besucher der Stadt beim Samstags-Einfkaufbummel nicht womöglich in einen Polizeieinsatz zu verwickeln, der angesichts der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Kräfte mit einiger Härte hätte durchgeführt werden müssen.

Das provozierende Verhalten dieser Personen stieß jedoch bei der Bevölkerung auf Unverständnis und Befremden und bestätigte geradezu die Notwendigkeit der Polizeiverordnung. Polizei und Stadt werden deswegen weitere Provokationen dieser Art nicht tolerieren und bei Wiederholung von ähnlichen Aktionen mit starken Kräften Vorsorge treffen.

„Medien-Info" Polizeipräsidium Mannheim vom 18.04.98

tät nichts geändert wird. Diese bleibt - nicht zuletzt verschleiert durch Sicherheits- und Sauberkeitswahn - weitgehend unbehelligt.

Privatisierung der Innenstädte

Aber nicht nur Politiker haben ein Interesse an der Ausgrenzung bestimmter Gruppen aus den Innenstädten. Wie sehr sich hier die Profilierungs- und Standortinteressen der Stadtregierungen und die Profitinteressen des Einzelhandels ergänzen, zeigt sich sowohl an der Einrichtung privater Sicherheitsdienste, die Hand in Hand mit der Polizei arbeiten, als auch daran, daß Polizei ganz offen gemäß privater Geschäftsinteressen eingesetzt wird. Die Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik gegen Arme oder Nicht-Konsumenten findet ihren Ausdruck in einem immer härteren und brutaleren Vorgehen der Ordnungskräfte gegen diese Personengruppen. Obwohl die Ergebnisse sehr dürftig sind, da es sich meist nur um Kleindelikte handelt, wird der Eindruck vermittelt, daß dort, wo die Polizei mit solcher Härte durchgreift, wohl schon gefährliche Verbrecher am Werk sein müssen. Eine solche unheilige Allianz aus Geschäftsleuten und städtischen Behörden prägt die Innenstadt nach ihren Vorstellungen, legt Verbotszonen für bestimmte Gruppen fest, indem sie Platzverweise erteilt. Zentrale öffentliche Bereiche werden so unter private Kontrolle gestellt. Als das Maß aller Dinge, als der Idealbürger schlechthin gilt dabei der weiße, deutsch aussehende, erfolgreiche, gutverdienende, konsumfreudige Mittelklasse-Bürger, auf dessen Bedürfnisse die Stadt zugeschnitten werden soll.

Wer von dieser Norm abweicht, soll doch bitteschön draußenbleiben - oder etwas direkter: Wer nicht konsumiert, fliegt raus.

Initiative
„Wem gehört die Stadt?"

Der Kandidat kam in der Sänfte

»Am 23. April haben mehr als 50 begeisterte AnhängerInnen des „Kandidaten der extremen Mitte" Peter Alexander Plattmann auf einer mit rotem Samt verkleideten Sänfte durch die FußgängerInnenzone zu seiner künftigen Wirkungsstätte im Rathaus getragen. Bei den PassantInnen stießen vor allem die Forderungen des Kandidaten nach einer Besänftigung der Verkehrspolitik mit Sänftenparkhäusern, Sänftenwegen, Frauennachtsänften sowie sein ausgefeiltes Wirtschaftsprogramm auf positive Resonanz. Hauptforderung des Kandidaten bleibt jedoch der Erhalt des Autonomen Zentrums. Peter Alexander Plattmann und das Autonome Zentrum werden sich auch weiterhin aktiv und konstruktiv am Oberbürgermeisterwahlkampf beteiligen.« (aus der Presseerklärung des AZ vom 23.04.)

Im Anschluß könnt ihr euch das Wahlprogramm des vom AZ präsentierten Oberbürgermeisterkandidaten Peter Alexander Plattmann einverleiben, das am 23. erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Wir wünschen Peter Alexander Plattmann viel Erfolg bei seinem Streben nach Höherem und selbstverständlich ein langes Leben.

-Sabotage

Vita

* 28.04.1970

Gezeugt in Mannheim, geboren in Weinheim und aufgewachsen in Heidelberg ist Peter Alexander Plattmann die fleischgewordene Verkörperung des Rhein-Neckar-Dreiecks.

Schon in frühester Jugend offenbarte sich sein gesteigertes Mitteilungsbedürfnis, als er im zarten Alter von fünf Jahren in einer Theateraufführung des Kindergartens die Rolle des Rotkäppchens in einer Inszenierung von Erzieherin Gerda Sulzbeutel übernahm. Nach erfolgreichem Absolvieren des dritten Bildungsweges begann er wissenschaftliche Studien auf dem Gebiet der Gähnförderung und begeistert auch heute noch in vielgefeierten Inszenierungen sein Publikum (Bundesverteidigungsminister Rühe: „Einfach unglaublich.").

Internationales Renommee verschaffte er sich auch als Interpret bei den Avantgarde-Orchestern POTATO-FARMERS und BABYFASSUNG. Das Autonome Zentrum setzt größte Erwartungen in einen Vollblutpolitiker, der sich seinen Wahlspruch einem gewichtigen Politiker wie Helmut Kohl entlieh: „Wichtig ist, was hinten raus kommt".

Wahlprogramm

Peter Alexander Plattmann tritt ein für

Innere Sicherheit

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich im tiefsten Inneren unsicher.

Frei umherlaufende Bullen in Heidelbergs Straßen sind zu einem ernsten Problem geworden. Hier soll Leinenzwang Abhilfe schaffen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen der Polizeidirektion bekannt geworden ist, gibt es in Heidelberg ausreichend erfahrene Polizeiführer, die sich dieser Aufgabe gewachsen sehen.

Zitat Peter Alexander Plattmann:
„Ich, Peter Alexander Plattmann, meine: Bullen an die Leine!"

Stadtverkehr besänftigen

Zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrssystems plädiert Peter Alexander Plattmann für den verstärkten Einsatz von Sänften im Stadtverkehr, die Errichtung eines flächendeckenden Sänftennetzes, dem Bau von Sänftenparkhäusern und Mitsänftenzentralen. Auch die Einrichtung von kostenlosen Frauennachtsänften ist vorgesehen.

Umwelt

Immer wieder wird von Politikerinnen und Politikern mit nicht unwesentlicher Ausstrahlung berichtet. Peter Alexander Plattmann plädiert für die Deponierung in sogenannten strahlungssicheren Kasperbehältern, deren Abtransport - notfalls auch gegen den Widerstand der Bevölkerung - die Deutsche Bundesbahn übernehmen würde.

Außenpolitische Kompetenz

Die geschützte Lage Heidelbergs muß gegen außerstädtische Einflüsse gewahrt werden. Für nichts auf der Welt darf diese Souveränität gegenüber Wieslocher Intellektuellen und anderen interessierten Kreisen preisgegeben werden. Stattdessen müssen die Kräfte der innerstädtischen Intelligenz (z. B. die „Akademische Vereinigung Firniß/Filmriß") verstärkt gefördert werden.

Verteidigungspolitik

Da offensichtlich selbst durch den Einsatz von Kavallerie die Sicherheit auf dem Heidelberger Neckarvorland nicht gewährleistet werden kann, tritt Peter Alexander Plattmann für den Einsatz von Panzerfahrzeugen des seit neuestem in Heidelberg angesiedelten Bundesgrenzschutzes (BGS) ein.

Wirtschaft

Heidelberg muß seine internationale Rolle als Quark- und Käsemetropole ausbauen.

Als Wahrzeichen der Heidelberger Käseproduktion bieten sich die Verbindungshäuser an. Dort gibt es fachkundiges Personal, das mit dem Umgang mit großen Käsemessern sowie mit der Verbreitung von Halbvergorenem und Angeschimmeltem hinlänglich vertraut ist. Die Hanglage der meisten dieser schmucken Gebäude begünstigt das Rollen des Käse zum Bahnhof.

Das Antifa-Info
aus dem Rhein-Neckar-Raum
Neu!
ARNie INFO EXPRESS
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presseschau
und den aktuellen Ansagen des Infotelefon Garfield
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informations-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben
❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach

NATO

Selbstverständlich ist Peter Alexander Plattmann für die Osterweiterung. Die bisherigen Pläne für den Neckarufertunnel gingen aber bei weitem nicht tief und weit genug. Die Unterwanderung des Schlierbacher Bahnhofs kann für naturbegeisterte Touristinnen und Touristen ein attraktiver Anziehungspunkt werden. Große Hoffnungen setzt Peter Alexander Plattmann daher in den Neckarufer-Anschluß-Tunnel Ost (NATO).

Der Kandidat kam in der Sänfte

kib. Das hat gerade noch gefehlt: Ein OB-Wahlkampf mit einem Peter Alexander Plattmann, der nicht nur die „extreme Mitte" vertritt, sondern auch noch alle Heidelberger „lieb" hat. Eine Viertelstunde vor Beginn der gestrigen Ratsversammlung trat neben der Amtsinhaberin und ihren bisher vier Kontrahentinnen und Kontrahenten mit dem 28jährigen ein kommunalpolitischer „Frischling" auf den Plan. Einmal ging es mit blondiertem Haar und in edlem Tuch gewandet mit einer mit rotem Samt umhüllten und mit Teddybären bestückten Sänfte rund um den Marktplatz, dann wurde der Wahlkampf offiziell eröffnet. Wie aus dem Unterstützerkreis des Autonomen Zentrums zu erfahren war, ist die Bewerbung des „in Mannheim gezeugten, in Weinheim geborenen und in Heidelberg aufgewachsenen" Plattmann, der sich selbst als „fleischgewordene Verkörperung des Rhein-Neckar-Dreiecks" begreift, kein Jux, sondern durchaus ernst gemeint. „Er wird antreten und kandidieren", war zu hören. Er fordert das alte Hallenbad für das Autonome Zentrum, und sobald das Plansoll von zehn Autonomen Zentren im Stadtgebiet erfüllt ist, betrachtet er sein Wahlziel als erfüllt. Ob sein Slogan „Wählt misch bloß net" dabei viel hilft, bleibt gleichwohl ein wenig fraglich. Seinen kleinen Medienzirkus hatte der Kandidat immerhin schon.

Rhein-Neckar-Zeitung, 24.04.98

Jugend & Kultur

Peter Alexander Plattmann sagt: „Schafft ein, zwei, viele Autonome Zentren!" Für die flächendeckende Versorgung Heidelbergs mit selbstverwalteter Kultur und pädagogisch wertvoller Jugendarbeit hält Peter Alexander Plattmann die Einrichtung von mindestens zehn Autonomen Zentren für erforderlich. Vor allem für Bergheim wäre der Verlust des dort erfolgreich arbeitenden Autonomen Zentrums ein nicht zu verkraftender Schlag in empfindliche Gefilde.

Damit die Jugendpolitik in Heidelberg wirklich baden gehen kann, fordert Peter Alexander Plattmann die sofortige Bereitstellung des Jugendstilbades in der Poststraße für das Autonome Zentrum.

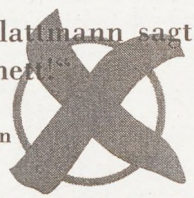
Sobald das Plansoll von zehn Autonomen Zentren im Stadtgebiet erfüllt ist, betrachtet Peter Alexander Plattmann seinen Oberbürgermeisterauftrag als erfüllt und wird - nach einer angemessenen Erhöhung seiner Rente - in den Vorruhestand treten.

ceterum censeo

centrum autonomicum

esse defendum!

Peter Alexander Plattmann sagt: „Wählt misch bloß net!"



Peter Alexander Plattmann

wird unterstützt von:

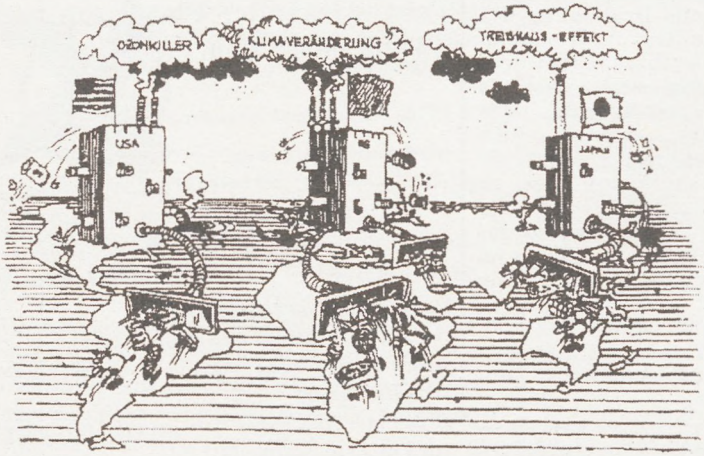
Initiative Lachnummer,
Akademische Vereinigung Firniß/Filmriß
und dem Beate Schmusekurs e. V.
(Erstunterzeichnerin)

Bürgerinnensprechstunde:
Sonntags, dienstags und donnerstags
in der Vokü-Bükü (Volksküche-Bürgerküche)
im AZ ab 21.00
(Für Peter Alexander Plattmanns Anwesenheit wird nicht garantiert!)

MAI

Das neue internationale kapitalistische Manifest

Bereits für die März-Ausgabe hatten wir die Veröffentlichung eines redaktionellen Beitrags zum „Multilateral Agreement on Investment" (MAI) geplant, der einerseits informieren, andererseits aber auch mögliche Auswege aufzeigen sollte. Das klappte aus mehreren Gründen leider nicht. Dann lag uns die Materialsammlung zum Thema „MAI" von Maria Mies vor, die wir durcharbeiteten und in kompakter Form für die Aprilausgabe verwenden wollten. So richtig zufrieden waren wir damit aber nicht, weil vor allem Maria Mies' Text „Das Volk braucht nicht mehr informiert zu werden", *auf den wir uns dabei primär beziehen wollten, sehr viel Grund für Kritik bot. Er enthält - auch wenn sich die ökofeministische Soziologie-Professorin Mies in ihrem Interview in der* jungle world *Nr. 16 vom 15.04.1998 als Internationalistin bezeichnet, die mit der Glorifizierung des Nationalstaats nichts zu tun hat -, protektionistische und nationalchauvinistische Argumentationsstränge, die auch von rechtsextremen Parteien wie dem* Bund freier Bürger *oder den* Republikanern *zu Agitationszwecken benutzt werden können. (Gerade diese beiden Parteien haben sich deshalb auch dem Protest gegen das MAI angeschlossen!) Deshalb waren wir gar nicht so unglücklich, daß wir aus Platzgründen das letzte Mal den an Maria Mies' Analyse angelehnten Anti-MAI-Text nicht abdrucken konnten, auch wenn er mit einem distanzierenden Einleitungstext versehen worden wäre. Nun hat sich aber glücklicherweise aus der Vollversammlung des Autonomen Zentrums Heidelberg heraus eine Anti-MAI-Gruppe gebildet, die vor ein paar Wochen eine 20-seitige Materialsammlung zum Multilateralen Investitionsabkommen ediert hat. Und von eben jener Anti-MAI-Gruppe haben wir vor ein paar Tagen einen eigenen Text „zugespielt" bekommen, der uns nicht nur viel Arbeit abgenommen hat, sondern im letzten Absatz genau* das *auf den Punkt bringt, was auch uns bei einer Auseinandersetzung mit diesem Thema wichtig ist. Um das Risiko, im MAI-Diskurs „dem Nationalstaat emanzipatorische Eigenschaften [zu] unterstell[en]" und dadurch „ auch von Rechts benutzt werden [zu können]" (jungle world Nr. 16 [15.04.1998]), zu vermeiden, muß permanent im revolutionären Hinterkopf behalten werden, daß „staatliche Eingriffe ... immer nur in dem*



stark begrenzten Rahmen möglich [sind], die der Kapitalismus zuläßt." (siehe folgenden Text) Der Staat wird also sicherlich in seinen Kontroll- und Regulationsmöglichkeiten in bezug auf die nationale und internationale Ökonomie geschwächt, aber durch die damit verbundenen weltweiten sozialen Umstrukturierungen muß er sich dennoch nach innen und außen absichern. Die zur Zeit in den Wahlkämpfen vorherrschenden Themen wie „Innere Sicherheit" und „»illegale« Zuwanderung" belegen dies ganz deutlich. Letztendlich ist es sogar der Staat oder das politische Herrschaftssystem selbst, der/das sein „Ende ansagt". Denn das MAI wird nicht etwa von UnternehmerInnen, sondern von „demokratisch" gewählten Regierungen diskutiert und ratifiziert. All dies ist ein politisch bewußt *gewollter Prozeß, der es Regierungen in Fragen der Wirtschaft erlaubt, sich aus der Abhängigkeit von den WählerInnen, der sie eigentlich unterliegen sollten, zu befreien...*
Anfang Mai wird eine Karawane „Geld oder Leben?" von Frankfurt über Darmstadt, Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Basel nach Genf zur (jährlich stattfindenden) Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) am 18.05.1998 ziehen, die als Garant des in geheimen Verhandlungen der OECD (Industriestaaten) beschlossenen Vertrages zum „Schutz von Investitionen" angesehen werden kann. Deshalb drucken wir im Anschluß an die nun folgende Analyse der Anti-MAI-Gruppe Heidelberg den Artikel „Geld oder Leben? - Auf welcher Seite stehst du?" ab, der als Karawane-Mobilisierungstext unter die Leute gebracht wurde. Es wäre schön, wenn ihr euch so zahlreich wie möglich an dieser Karawane beteiligen könntet. Sie macht ja auch - wie bereits geschrieben - in Heidelberg Halt. Näheres erfahrt ihr dann bestimmt noch.

-Sabotage

Vom 18. - 20. Mai soll voraussichtlich das „Multilateral Agreement on Investment" (MAI) auf einer Tagung der VertreterInnen der OECD-Staaten unterzeichnet werden. Dieses wurde seit zwei Jahren in Geheimverhandlungen in Paris entwickelt. Was ist das für ein Vertrag, der vor der Bevölkerung geheim gehalten werden sollte, und der nur durch einen Zufall an einen Vertreter einer kanadischen Nichtregierungsorganisation gelangte, der den Vertrag veröffentlichte, womit er einen weltweiten Protest auslöste, der vom gesamten linken Spektrum getragen wird?

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ist ein weiterer wichtiger Schritt der weltweiten Deregulation der Wirtschaft. Nach den Handelsliberalisierungen im Rahmen der GATT-Runden und der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 soll die politische Herrschaft der Transnationalen Konzerne nun auch offiziell gemacht werden. Vorbild war dabei die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, deren katastrophale Folgen unter anderem den weltweit beachteten Aufstand der mexikanischen Indigenas in Chiapas auslöste. Lang erkämpfte soziale und ökologische Zugeständnisse des Kapitals werden zunehmend zurückgenommen.

Grundlegende Punkte des MAI:

- ★ Ausländische Investoren müssen wie inländische behandelt werden, wodurch den Regierungen jeder Spielraum für regulierende Eingriffe genommen wird. Konnten früher die Länder der „Dritte Welt" ausländische Investitionen von bestimmten Auflagen abhängig machen, z. B. die Rückführungen von Gewinnen einschränken, so steht die landeseigene Industrie nun ungeschützt den übermächtigen transnationalen Konzernen gegenüber.
- ★ Die Multis definieren selbst, was Investitionen sind. Materiellem/immateriellem Eigentum (z. B. Patentrechte auf pflanzliche, tieri-

sche oder menschliche Gene), der Quelle (z. B. Drogen oder Waffenhandel) und dem Umgang der Investitionen sollen keine ethischen Grenzen gesetzt werden.

★ Enteignungen werden verboten, wobei als Enteignung alles gelten kann, was in irgendeiner Weise die Profite der UnternehmerInnen schmälert. (Im Falle der NAFTA, die in diesem Punkt wesentlich ungünstigere Bedingungen für das Kapital hat wie das MAI, bedeutete diese Regel z. B., daß die Firma „Ethyl" die kanadische Regierung auf Schadenersatz verklagen konnte, weil diese den Treibstoffzusatz MMT verboten hatte. Da „Ethyl" der alleinige Hersteller dieses giftigen Produktes war, sollte das Verbot eine faktische Enteignung sein.)

★ Die ausschließliche Orientierung an der Gewinnmaximierung soll auch für Staatsunternehmen gelten. Werden diese privatisiert, haben ausländische Investoren die gleichen Rechte wie inländische, sie zu erwerben.

★ Sämtliche Gesetze, die dem vollständigen Deregulations- und Liberalisierungsgebot des MAI entgegenstehen, müssen bis zu einer bestimmten Frist (sunset-time) abgeschafft werden. Alle nationalen Regelungen (die nicht explizit im Vertrag ausgeklammert werden), wie Menschenrechtsbestimmungen, Umwelt- und VerbraucherInnenschutzregelungen oder Arbeitsrechte, haben dann keine Daseinsberechtigung mehr. („roll-back"-Klausel)

★ Auch in Zukunft dürfen keine Gesetze verabschiedet werden, die den MAI-Bestimmungen zuwiderlaufen. („stand-still"-Klausel). Potentielle Reformen in den Ländern des Trikonts, die die Macht der Konzerne einschränken, sind damit verunmöglicht.

★ Die Transnationalen Konzerne werden auf eine Ebene mit den Nationalstaaten gestellt: Sie haben das Recht, diese vor einem internationalen Gericht ihrer Wahl zu verklagen (z. B. vor dem Schiedsgericht der internationalen Handelskammer, „wo die Richter derart parteiisch sind, daß die Investoren ganz sicher die eingeklagten Entschädigungszahlungen zugesprochen [bekommen]" (*Le Monde diplomatique* vom 13.2.1998), wenn sie meinen, daß die MAI-Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

★ Einmal unterzeichnet, muß ein Staat mindestens fünf Jahre warten, falls er austreten will, und die ausländischen Investitionen im Land sind für zusätzliche 15 Jahre geschützt.

Die ganze Welt eine einzige Freihandelszone!

Der Traum eines jeden Großunternehmers. Nach freiem Handel schreien immer nur die, die auch etwas zu handeln haben, deshalb wurde das Investitionsabkommen im Rahmen der OECD, einer Organisation der 29 reichsten Industriestaaten, verhandelt. Der möglichen Opposition der Länder des Trikonts (sog. Dritte Welt) wurde so von Anfang an der Wind aus den Segeln genommen. Obwohl sie nicht an der Ausarbeitung des Vertrages beteiligt sind, sollen sie ihm beitreten, wobei sie Gefahr laufen völlig zu verelenden, wenn sie dies nicht tun, weil dann die Investitionen völlig ausbleiben würden. Es ist selbstverständlich, daß durch so eine Politik nicht nur Menschen in Unterschreiberstaaten betroffen sein werden. Das MAI ist ein weiterer wichtiger Schritt unter vielen zu einer neoliberalen „neuen" Weltordnung und bedeutet damit eine Verschärfung der globalen Ausbeutungsverhältnisse. Die Konsequenz aus dieser Entwicklung ist für uns, nicht plötzlich nach mehr Staat zu rufen, der die Wirtschaft wieder etwas reguliert, und damit die vorhandenen Konflikte schönfärbt, befriedet, aber nicht löst. Staatliche Eingriffe sind immer nur in dem stark begrenzten Rahmen möglich, die der Kapitalismus zuläßt. Es gilt deshalb, eine alternative selbstverwaltete und demokratische Wirtschaftsordnung, die sich an den menschlichen Bedürfnissen und nicht am Profit orientiert, zu erkämpfen.

Ihr MAI ist unser Winter -
unser Frühling heißt Revolution!

Geld oder Leben? Auf welcher Seite stehst du?

Aufruf zu einer Karawane nach Genf im Mai 1998 von WiwA Wendland (Widerstand weltweit!-Arbeitsgruppe)

Im Mai (18.-20.) treffen sich Minister und andere Bonzen in Genf zur jährlichen Tagung der Welthandelsorganisation (WTO), um weiter unsere Zukunft zu verplanen. Nebenbei wollen sie ein 50jähriges Jubiläum des WTO-Vorläufers GATT feiern; d. h. seit 50 Jahren wird die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur offiziell koordiniert.

Grund genug, da kräftig gegenzufeiern.

Die durch die Globalisierung erreichte Macht der Konzerne und Spekulanten genügt ihnen jedoch noch lange nicht. In geheimen Verhandlungen der OECD (Industriestaaten) wurde ein Vertrag „zum Schutz von Investitionen" erarbeitet, der den unterzeichnenden Staaten praktisch alles verbietet, was den Interessen von Investoren widerspricht. Gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz oder zur sozialen Sicherung wären nur noch möglich bei entsprechender „Entschädigung" der Kapitalisten, angesichts der leeren Kassen also unmöglich.

Dieser Vertrag, genannt „Multilateral Agreement on Investment" (MAI) soll Bestandteil der WTO werden. Es ist zu befürchten, daß viele Staaten den Vertrag unterzeichnen, um Investoren anzulocken, und die restlichen dadurch noch mehr unter Druck geraten. Einmal unterzeichnet, kann ein Staat frühestens nach fünf Jahren aussteigen, und muß selbst dann noch weitere 15 Jahre die Regeln des MAI befolgen. Die Demokratie wird vollends zur Marionette, da sie nur noch beschließen kann, was das Kapital will. Dieses Ermächtigungsgesetz kann nur verhindert werden, wenn ein breites öffentliches Bewußtsein über seine Konsequenzen entsteht.

Nutzen wir den Mai um das MAI zu verhindern!

In Deutschland und den anderen Industriestaaten wurde bisher kaum über GATT und WTO diskutiert, da ihre destruktiven Auswirkungen bisher hauptsächlich in den sogenannten „Entwicklungsländern" zu spüren waren. In den Widerstandsbewegungen dort ist es jedoch schon lange Thema. Sie haben sich bei einem Treffen im August 1997 in El Indiano in Spanien zu einem Aktionsbündnis mit dem Namen „Peoples Global Action" (Weltweite Aktion der Leute/Völker) zusammengeschlossen. Vom 23.-25. Februar veranstalteten sie eine Anti-WTO-Konferenz in Genf, auf der auch weltweite dezentrale Aktionen koordiniert wurden.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus

Das dezentrale Konzept soll dafür sorgen, daß die Möglichkeiten der Leute, sich an Aktionen aktiv oder passiv zu beteiligen, nicht auf einen Ort (Genf) beschränkt sind. Es macht jedoch zentrale Aktionen nicht überflüssig, da ein großer Teil der Bevölkerung auf Berichte aus den Medien angewiesen ist, und diese meist Brennpunkte brauchen, um eine Sache zum Thema zu machen. Die Aktionsform Karawane ist sowohl dezentral als auch zentral und bietet viele Kontakte zwischen

politisch aktiven Gruppen.

Dazu kommt der Vorteil, daß sie über einen längeren Zeitraum vorher die Aufmerksamkeit auf diese Sache lenkt. Im Wendländischen Widerstand gegen Atomanlagen haben wir gute Erfahrungen mit dieser Aktionsform gemacht (...). Auch bei den Castortransporten selbst hat sich der mobilisierende Effekt von Aktionen in der Zeit davor gezeigt.

Zum Motto „Geld oder Leben?"

Die WTO-Ministerkonferenz ist zwar der Anlaß der Aktionen und ein wesentliches Ziel ist auch, Bewußtsein über die Bedeutung von WTO und MAI zu schaffen. Dennoch glauben wir, daß wir das Thema breiter fassen sollten, um möglichst viele Leute anzusprechen. WTO und MAI sind Werkzeuge der Neoliberalen, um die Herrschaft des Geldes über alle Lebensbereiche zu verfestigen und zu verabsolutieren. Alle Werte, die nicht in Geldwerte umzusetzen sind, werden langsam aber sicher zerstört und damit auch unsere Lebensgrundlagen und die Würde der Menschen. Die Logik des Geldes reduziert das Leben auf eine Dimension. Es wird zu einem Wettlauf, bei dem es nur wenige Gewinner und viele Verlierer gibt. Es fördert das Gegeneinander und unterdrückt das Miteinander. „Geld oder Leben?" sehen wir als gemeinsame Fragestellung einer Vielzahl von politisch aktiven oder zumindest interessierten Menschen. Sie fordert sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch jeden einzelnen Menschen auf, ihre Entscheidung über Ziele und Prioritäten zu überdenken.

Zur Karawane selbst

Wir stellen uns vor, daß sich die Karawane im Fahrradtempo bewegt und Fahrräder auch das überwiegende Verkehrsmittel darstellen. Dazu kämen einige Wägen mit Trecker bzw. Zugmaschinen oder LKW, die die nötige Ausrüstung transportieren (Volxküche, Zelte, Bühnenwagen usw.).

Unsere Lebenspraxis während der Karawane muß im Einklang stehen mit solidarischen politischen Vorstellungen, die wir dabei vertreten. Deshalb ist uns wichtig, daß sich jedermensch unabhängig von seiner/ihrer finanziellen Lage daran beteiligen kann. Für die Verpflegung steht uns die wendländische Volxküche zur Verfügung, falls nicht zeitgleich ein Castor nach Gorleben rollt. Bisher hat es nach dem Grundsatz „JedeR gibt, was sie/er kann und nimmt, was sie/er braucht", immer recht gut funktioniert. Für die Übernachtung wollen wir große Zelte organisieren, haben aber auch nichts dagegen, wenn jemand lieber in seinem eigenen kleinen Zelt schlafen will. Wesentlich für die Tour sind die Abende an den Übernachtungsorten. Sie bieten Zeit und Raum für Begegnungen und Austausch zwischen den Reisenden und interessierten Menschen der Region. Mit Musik, Theater, Videos, Ausstellungen, Büchertischen und so weiter wollen wir aktiv sein und doch die Lebensfreude nicht zu kurz kommen lassen. Wir begrüßen es, wenn auch Kinder mitgenommen werden, und werden uns bemühen, das in der Planung zu berücksichtigen.

Zur Tourplanung

Die Kernstrecke der Karawane wird von Frankfurt bis Genf gehen - für diese Strecke sind etwa zwei Wochen veranschlagt. In Frankfurt sind wir am 2. Mai. Dann folgen Darmstadt (4.5.?), Heidelberg (5.5.?), Karlsruhe (6.5.!), Offenburg (7.5.?), Freiburg (8.5.!) und Basel (9.5. und 10.5.!).

Die weitere Fahrtstrecke in der Schweiz ist noch nicht vollständig geklärt.

Wie geht's weiter?

Wir sind fest entschlossen, die Karawane zu machen. Wie gut sie wird, hängt aber immer noch davon ab, wieviele Leute bereit sind, sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Wir wollen das gemeinsam mit euch auf die Beine stellen. Wenn ihr mitfahren wollt, meldet euch frühzeitig, damit wir abschätzen können, wieviele wir werden.

WiwA Wendland c/o Abraxas
Marschtorstraße 56
29451 Dannenberg
e-mail: wiwawend@mail.nadir.org

Demos & Veranstaltungen

Fr. 01.05.
Demo in Mannheim — 11.30 Uhr

Revolutionäre 1. Mai-Demonstration „Wir wollen kein größeres Stück Torte, sondern das Rezept ändern!" in Mannheim

„Heute reden die VertreterInnen aus Politik und Industrie nur noch von Sparen, Standortsicherung, Lohnkürzungen, schrittweisem Abbau des sogenannten sozialen Netzes etc. - obwohl die Unternehmensgewinne drastisch steigen. Die Frage, was mit den Reichtümern passiert, die von den Lohnabhängigen ermöglicht wurden, wird überhaupt nicht gestellt. Es ist genug Geld da (und auch die Möglichkeit), allen Menschen auf diesem Planeten ein Leben ohne Armut, Krieg, Ausgrenzung und Umweltzerstörung zu ermöglichen."

Um „die Selbstverständlichkeit, mit der die Unerträglichkeit [dieses] Daseins hingenommen wird, in Frage zu stellen", ruft das Schwarz-Rote-Bündnis Rhein-Neckar erneut zur revolutionären 1. Mai-Demonstration in Mannheim auf.

(Näheres dazu in der *Sabo* 03/98)

Treffpunkt: 11.30 Uhr, Paradeplatz, Mannheim, danach großes 25 Jahre Geburtstagsfest im JUZ

Veranstaltet vom
Schwarz-Roten-Bündnis Rhein-Neckar

Fr. 01.05.
Demo in Leipzig — 8.00 Uhr

Nazi-Massenaufmarsch in Leipzig verhindern!

Am 1. Mai 1998 mobilisieren die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" zu einem „nationalen Arbeiterkampftag" nach Leipzig. Es werden bis zu 15000 NPD-AnhängerInnen erwartet. Die Neonazis wollen durch eine Großkundgebung mit anschließendem Aufmarsch gezielt versuchen, den **internationalen** ArbeiterInnenkampftag der Linken mit ihren faschistischen Inhalten zu füllen und letzendlich für ihre menschenverachtende Propaganda zu vereinnahmen.

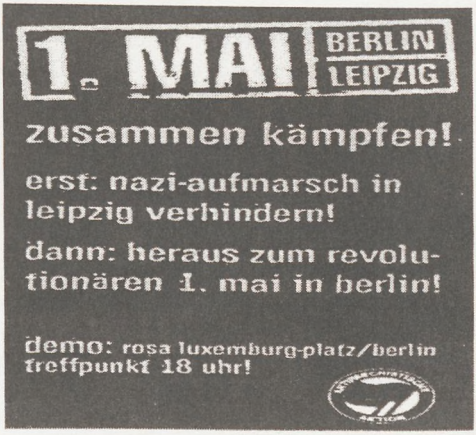
Treffpunkt: 8.00 Uhr,
Völkerschlachtdenkmal, Leipzig

Fr. 01.05.
Demo in Berlin — 18.00 Uhr

Heraus zum revolutionären 1. Mai
Demo in Berlin

»Für uns ist klar, daß wir vom angeblichen „Ende der Geschichte", von der weltweiten Diktatur des Marktes gepaart mit nationalistischer Volkstümelei nichts Gutes zu erwarten haben. Statt an die Schicksalhaftigkeit des Kapitalismus zu glauben, nehmen wir unser Schicksal lieber selber in die Hand. Uns geht es immer noch um einen weltweiten emanzipatorischen Prozeß, um den Kampf für eine Gesellschaft, in der der Mensch kein „geknechtetes, verlassenes, entäußertes, verächtliches Wesen" (Marx) ist. Um den Kampf für internationale Solidarität, Selbstbestimmung, soziale und politische Gleichheit. Diesen Kampf gilt es zu führen, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, mit allen zusammen, die hier noch tatsächlich was verändern wollen. Der 1. Mai spielt dabei eine zentrale Rolle: Wo kein Platz sein soll für linke Ideen und Utopien, gehen wir kämpferisch und entschlossen auf die Straße!« (aus dem vierseitigen Flugblatt „Enough is enough! - Heraus zum revolutionären 1. Mai" der Antifaschistischen Aktion Berlin)

Treffpunkt: 18.00 Uhr,
Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin



So. 03.05.
Demo in Berlin — 13.00 Uhr

Bundesweite Demonstration für einen *Kurzschluß im Herzen der Bestie* und gegen *Neoliberale und rassistische Innenpolitik* in Berlin

Auf dieser Demo wird es verschiedene Blöcke geben, die teilweise ihre eigenen Aufrufe haben, die an dieser Stelle nicht alle berücksichtigt werden können. Wir zitieren im folgenden aus dem Aufruf „*This is not a love song*!" zum FrauenLesben-Block: »Repression, d. h. staatliche Verfolgung, dient in erster Linie der Aufrechterhaltung patriarchaler und rassistischer Herrschafts- und Gewaltverhältnisse. So ist ein eigenständiger Aufenthalt von Frauen an eine Ehe von mindestens drei Jahren mit einem deutschen Mann geknüpft; auch der § 218 verweigert Frauen das Selbstbestimmungsrecht. Die patriarchalen Gewaltverhältnisse werden auch dadurch aufrechterhalten, daß Frauen zur sexuellen Verfügbarkeit gegenüber Männern gezwungen werden; Vergewaltigung ... muß immer „objektiv" nachprüfbar sein, was gerade in Zweierbeziehungen und im Bett meistens unmöglich ist. Der Widerstand der Frauen wird oft nicht ernst genommen; sie werden als unzurechnungsfähig bezeichnet und häufig in der Psychiatrie eingeknastet. Unter den Frauen im Knast befinden sich die politischen Gefangenen des Patriarchats, die Kindesmörderinnen und die Gattenmörderinnen, die in diesem System unter allen Umständen zur Mutterliebe und zur sexuellen Verfügbarkeit gezwungen werden sollen.«
Treffpunkt: 13.00 Uhr, Willy Brandt Haus (Stresemann-/Ecke Wilhelmstraße), Berlin (Abschlußkundgebung auf dem Wittenbergplatz)

Di. 05.05.
Karawane in Heidelberg

Anti-MAI/WTO-Karawane „Geld oder Leben?" in Heidelberg

An diesem Tag wird die Karawane „Geld oder Leben?" in Heidelberg Halt machen. Neben diversen Aktionen in der Öffentlichkeit ist auch ein Veranstaltungsabend im Autonomen Zentrum geplant. (Näheres dazu im Text ab Seite 31)

Veranstaltet von WiwA Wendland

Sa. 16.05.
Demo in Ludwigshafen — 11.00 Uhr

Demonstration gegen den Fascho-Gemischtwarenladen „Hehls World" in Ludwigshafen

Kommt zum antifaschistischen Block!
Treffpunkt: 11.00 Uhr, Rathausplatz LU

Veranstaltet von der Bürgerinitiative „Süd gegen Rechts"

Sa. 23.05.
Disco im AZ — 21.00 Uhr

PINK PARTY im Autonomen Zentrum HD

An diesem Abend is' mal wieder gemütliches, rosafarbenes Beisammensein angesagt im AZ. Übrigens zugunsten einer Wohngemeinschaft für Menschen mit HIV und AIDS. Diese Wohngemeinschaft trägt den Namen *PositHIV Wohnen in Heidelberg*. Wir dokumentieren auszugsweise einen Text der Betreuerin dieses Wohnprojektes: »Seit Sommer 1995 gibt es in Heidelberg eine Wohngemeinschaft [WG] für vier Personen mit HIV und AIDS, [seit Ende 1997] als eigenständiger Verein unter dem Namen „*PositHIV Wohnen*

in Heidelberg e. V." Das Angebot dieser WG ist seither von vielen dankbar genutzt worden, und es gibt in jedem Jahr mehr Anfragen. Für manche ist die WG ein Zuhause geworden, für andere eine Durchgangsstation, der geschützte Rahmen, in dem sie sich darauf vorbereiten können, (wieder) ein unabhängiges Leben in eigener Wohnung zu führen. ... Neben der mehr oder weniger fortgeschrittenen AIDS-Erkrankung haben alle Bewohner massive persönliche Probleme, bei denen sie Unterstützung brauchen. Diese erhalten sie von einer hauptamtlichen Betreuerin ... und ggf. von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe...

Kinder und Linke

Wer Kindern sagt
Ihr habt rechts zu denken
der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
Ihr habt links zu denken
der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
Ihr habt gar nichts zu denken
der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
Es ist ganz gleich was ihr denkt
der ist ein Rechter

Wer Kindern sagt
was er selbst denkt
und ihnen auch sagt
daß daran etwas falsch sein könnte
der ist vielleicht
ein Linker

Erich Fried

Nun bleibt zu hoffen, daß all das weiter bestehen kann. ... Von den Betreuungspauschalen allein, die die Sozialämter (Heidelberg oder Rhein-Neckar) in der Regel für die aktuell in der WG lebenden Menschen zahlen, kann sich der Verein nicht finanzieren. Außer dieser vereinbarten Pauschale erhält *PositHIV Wohnen in Heidelberg e. V.* keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. So ist der Verein auf Unterstützung durch Spenden angewiesen.«

Kommt deshalb bitte zuhauf, damit die Spende möglichst hoch wird.

Beginn: 21.00 Uhr

Mo. 25.05.

Antifa-Mobiltour in der Pfalz

Beginn der **Antifa-Mobiltour**
Aller Voraussicht nach beginnt an diesem Tag die Antifa-Mobiltour durch die von Naziterror überzogene Vorderpfalz.
(Näheres dazu in dieser *Sabo*)

Veranstaltet von:
Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN),
Für Andere Zustände (FAZ) und
Antifaschistische Jugendaktion MA

Aus dem Blätterwald

Keine „Wanzen" in Telefonzellen

Von bisher unbekannten Personen werden in der Innenstadt Heidelbergs zunehmend in Telefonhäuschen der Deutschen Telekom Hinweisschilder mit dem Logo des Unternehmens angebracht, wonach Gespräche aus den Telefonhäuschen aufgrund des Anstiegs der organisierten Kriminalität präventiv abgehört werden. Die Deutsche Telekom weist darauf hin, daß es sich dabei um eine Fälschung handelt. „Zu keiner Zeit wurden oder werden Telefongespräche aus Telefonhäuschen der Deutschen Telekom abgehört", teilte die Presseabteilung mit. Es wurde Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

Rhein-Neckar-Zeitung, 22.04.98

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Termine im Mai 1998

FR 01.05. Geburtstags-Fest, abends Konzert mit GERM ATTACK, ALIBI PROJEKT, NO RESPECT u.a. 15 Uhr

SA 02.05. Buero für angewandten Realismus: WIESO? WESHALB? WARUM? WER nicht FRAGT bleibt DUMM! Sozialistisches Pub Quiz 20 Uhr

DI 05.05. Infoladen Mannheim: Lesung "Graue Wölfe heulen" mit Fikret Aslan 20 Uhr

DO 07.05. Kabarett "Nicht nett!" mit ihrem aktuellen Programm 20 Uhr

FR 08.05. Spiritual - Night (Gothic-Dark Wave-Disco) 22.00 Uhr

VVN / BdA: Infoveranstaltung zur Befreiung am 8. Mai 1945 20 Uhr

SA 09.05. N.E.W.I.W. - die Mitternachtsdisco im JUZ: Drum'n'Bass 23 Uhr

MI 13.05. Infoveranstaltung der Autonomen Antifa Heidelberg zu "Akzeptierender Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen" 20 Uhr

FR 15.05. Konzert mit ROCKTHEATER, GREENTOWN JUICE, KELLY IN THE GARBAGE und FAIRYTALE 19 Uhr

SA 16.05. Konzert mit Bands aus der Region 19 Uhr

FR 22.05. Newcomer-Konzert mit Bands aus der Region 20 Uhr

SA 23.05. VEB laut & lästig: Punk-Konzert mit BAM BAMS und COLVINS 20 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim